

Ausgabe 1 | 2016 4 EUR

B R E N N P U N K T

Das Magazin der
Tibet Initiative
Deutschland e.V.

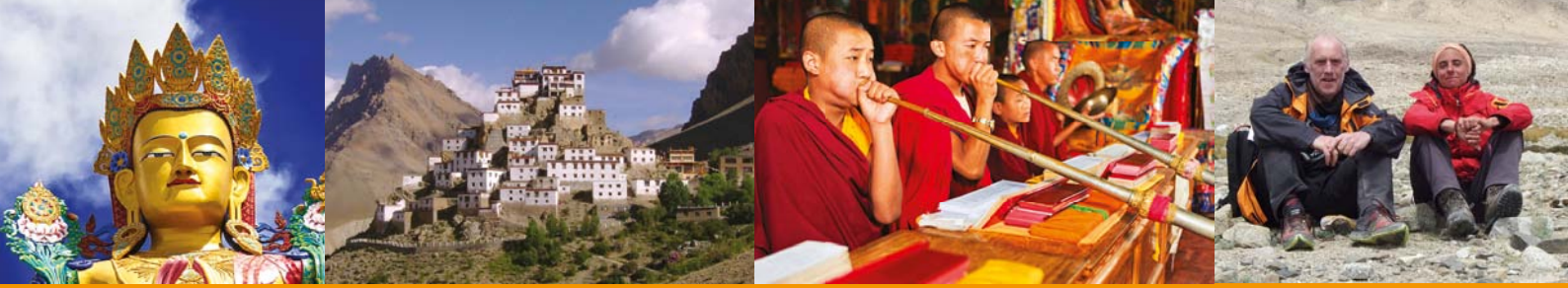
TIBET



MEDIEN IN CHINA

Erdrückende Unfreiheit

Mit
Sonderbeilage:
20 JAHRE
FLAGGE ZEIGEN
FÜR TIBET!



25 Jahre

NEUE WEGE

**Reisen Sie 2016 mit dem Chefredakteur von
Brennpunkt Tibet, Klemens Ludwig,
in den tibetischen Kulturkreis!**



09.07. bis 30.07.2016:

Ladakh hautnah mit farbenfrohen Klosterfestivals

06.08. bis 21.08.2016:

Spiti, Tsomoriri und Ladakh – Trekking und buddhistische Kultur im Himalaya

Ihr persönlicher Ansprechpartner: Wolfgang Keller

w.keller@neuewege.com ● Tel: 02226 - 1588 - 201

Weitere Reiseinformationen: www.neuewege.com/klemensludwig

Luhe Lesein, hehu Lesein,

Taiwan hat gewählt und Willen und Mut gezeigt. Mit dem Sieg von Tsai Ing-wen wurde die Kandidatin der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), die aus einer Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangen ist, mit großer Mehrheit zur Präsidentin gewählt. Die bis dahin regierende Kuomintang, die noch vom Gegenspieler Maos, Chiang Kai-shek, gegründet wurde, erlebte ein Wahldesaster. Ein Grund war sicherlich die zuletzt stark China-freundliche Politik. Die Glückwünsche aus dem Westen waren dennoch sehr verhalten.

Die Wahlen in Taiwan haben nämlich die Halbherzigkeit der Regierungen der Welt einmal mehr zutage gebracht und gezeigt, dass vermieden wird, was den wirtschaftlichen Gewinn gefährdet. Wie sieht es denn aus mit dem Einsatz für Menschenrechte und Demokratie? In Afrika werden Staaten entwicklungs- politisch und finanziell vom Westen nur dann bedacht, wenn sie sich an demokratische Spielregeln halten, auch wenn diese manchmal nur vordergründig angewendet werden. Der demokratische Musterstaat Taiwan passt daher so gar nicht in das politische Konzept westlicher Regierungen. Die Menschen, die in Taiwan leben, haben einfach selbstständig entschieden und nicht, wie es aus wirtschaftlichen Gründen opportun wäre, um der chinesischen Regierung wohlgefällig zu sein.

Die Politiker, auch in unserem Land, sollten wissen, dass das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung sich auch nicht durch drohende 1000 Raketen eindämmen lässt, die, wie in diesem Fall, vom Festland aus auf Taiwan gerichtet sind. Und dieses Freiheitstreben lässt sich auch nicht eindämmen, wenn es die chinesische Regierung, wie in Hongkong mit der Regelung „ein Land – zwei Systeme“, versucht aufzuheben. Die Menschen in Hongkong spüren schon jetzt, dass sich die KP am Ende durchsetzen wird. Und das spürt auch die junge Generation in Taiwan, und sie will sich ihre Freiheiten und ihre Demokratie nicht nehmen lassen. In Tibet wird den Menschen diese diktatorische Politik täglich vorgeführt, und was es heißt, unfrei und undemokratisch zu sein. Nicht umsonst verknüpfte 1998 der damalige chinesische Staatspräsident Jiang Zemin in einer Pressekonferenz mit dem amerikanischen Präsidenten, Bill Clinton, die Taiwan-Frage mit der Tibet-Frage, indem er sagte, der Dalai Lama solle Taiwan als Teil Chinas anerkennen. Die taiwanesischen Flagge ist genauso verboten wie die tibetische.

Die Tibet Initiative Deutschland organisiert 2016 nun schon zum 20. Mal die Kampagne „Flagge zeigen für Tibet!“. Fast 1000 Kommunen und Landkreise in Deutschland demonstrieren am 10. März ihre Solidarität mit Tibet und setzen ein Zeichen für die Einhaltung der Menschenrechte. Herzlichen Dank an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, Bürgerinnen und Bürger und alle, die diese Kampagne mit ihrer Stimme stark machen!

Gemeinsam. Stark. Für Tibet.

Wolfgang Grader

Wolfgang Grader
Vorsitzender der Tibet Initiative Deutschland e.V.





Foto: spdfraktion.de (Susie Knoll/Florian Jäntcke)

16

INTERVIEW

„Die chinesische Führung scheint bereits den Gedanken, es gäbe ein Menschenrechtsproblem in China, nicht zu akzeptieren.“

Interview mit Christoph Strässer (SPD), Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung

8

TITELTHEMA

Medien in China – Erdrückende Unfreiheit // von Ruth Kirchner



AKTIONEN

UN: Schützt das Dach der Welt – TID-Aktion beim Global Climate March in Berlin

4 NACHRICHTEN

Wachsende Einflussnahme auf die Religion | Unterernährung durch Zerstörung traditioneller Strukturen | Massenhafte Umsiedlung von Tibetern befürchtet | Effektivere Ausbeutung der Bodenschätze | Protest in Ngaba | Neues Anti-Terrorismus-Gesetz | Folter in Tibet | Bekannter ehemaliger Gefangener verstorben | Reiseverbot für Ehemann von Tsering Woeser | Brahmaputra-Damm nimmt Gestalt an | Erschließung des letzten Flusses

8 TITELTHEMA

Medien in China – Erdrückende Unfreiheit | von Ruth Kirchner

16 INTERVIEW

„Die chinesische Führung scheint bereits den Gedanken, es gäbe ein Menschenrechtsproblem in China, nicht zu akzeptieren.“ | Interview mit Christoph Strässer (SPD), Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung

19 STIMMEN FÜR TIBET

Liao Yiwu | Autor und Musiker

20 KOMMENTAR

Verschleppen und Verschwindenlassen – die Meinungsfreiheit in China ist nahe am Gefrierpunkt | Tienchi Martin-Liao

21 BERICHT AUS TAIWAN

Zeitenwende in Taiwan – Tsai Ing-wen wird erste Präsidentin | David Demes

22 AKTIONEN

Flagge zeigen für Tibet – 3 Stimmen für die Kampagne | UN: Schützt das Dach der Welt – TID-Aktion beim Global Climate March in Berlin | Klimaschutz ja – aber ohne Menschenrechte und Tibet | FREE ME! Freiheit für Yeshe Choedron und Lhamo Kyab | Unsere politische Arbeit für Tibet – TID-Strategieworkshop in Berlin

28 5 FRAGEN AN ...

Kelsang Gyaltsen | Sondergesandter des Dalai Lama für Europa

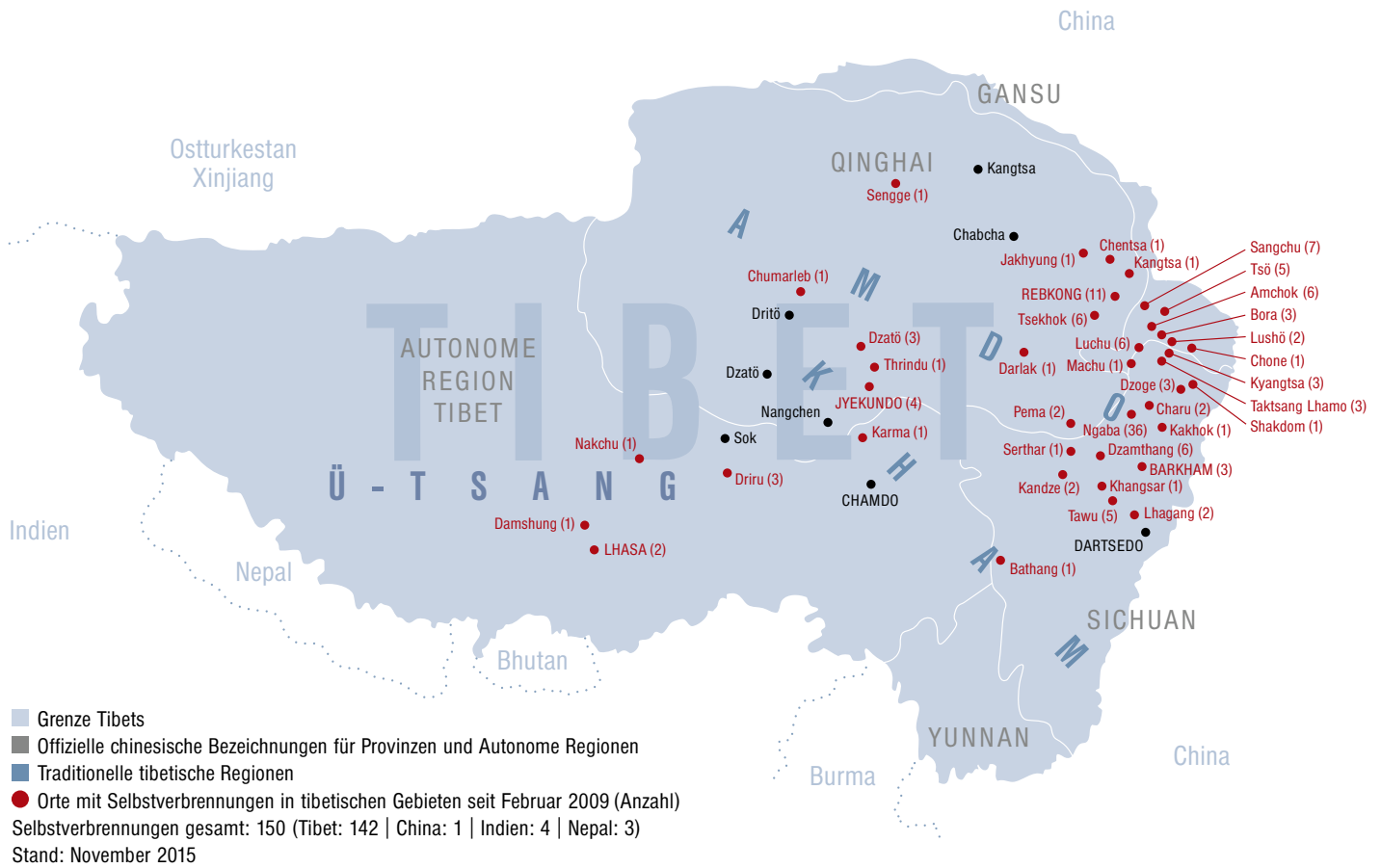
30 KUNST IM WIDERSTAND

Rangtsen oder Umaylam?

31 LESETIPPS

Jonathan Holslag: Frieden auf Chinesisch – Warum Asien der Krieg droht | Xuewu Gu: Die Große Mauer in den Köpfen – China, der Westen und die Suche nach Verständigung

32 NOTIERT | IMPRESSUM**33 TERMINE**



Wachsende Einflussnahme auf die Religion

Seit vielen Jahren versucht die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) die Religionsausübung besser zu kontrollieren, nicht zuletzt, um damit den Einfluss des Dalai Lama zu schwächen. Dazu akzeptiert sie einige alte Traditionen, solange diese das Primat der Partei nicht infrage stellen. Als Teil dieser Politik hat das Amt für Religiöse Angelegenheiten nun eine Liste mit „authentischen lebenden Buddhas“ veröffentlicht. „Lebende Buddhas“ ist die von der KPCh benutzte Bezeichnung für Tulkus (reinkarnierte Geistliche), die von den Tibetern abgelehnt wird. Die Liste gibt 870 Namen an, die mit Foto, Geburtsdatum und Kloster auf der Website der Behörde aufgeführt sind. Es ist davon auszugehen, dass sie alle als staatsloyal gelten. Mit dieser Initiative möchten die Behörden verhindern, dass „betrügerische Religionsführer Geld von den Gläubigen erschwindeln“. Zudem solle Transparenz in den tibetischen Buddhismus und die Praxis der Reinkarnation gebracht werden.

China hat bereits 2010 begonnen, „lebende Buddhas“ zu „zertifizieren“, doch wurde eine solch umfangreiche Liste nie zuvor öffentlich gemacht. Beobachter sehen hierin bereits Vorbereitungen auf die Zeit nach dem Dalai Lama, wenn die Partei keine Mühen scheuen wird, einen eigenen Kandidaten zu präsentieren. //



Unterernährung durch Zerstörung traditioneller Strukturen

Die Volksrepublik China betont immer wieder den großen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, den sie nach Tibet gebracht habe, und belegt das mit eindrucksvollen Statistiken über das Wirtschaftswachstum. Häufig werden diese Zahlen auch von China-Freunden zur Rechtfertigung der Besetzung und Repression genutzt. Unabhängige Statistiken sprechen eine andere Sprache. Der „Ernährungs-Report 2015“ vom International Food Policy Research Institute (IFPRI) beklagt, dass 9,4 Prozent der Kinder im chinesischen Herrschaftsbereich unterernährt seien, was lebenslange Probleme mit sich bringe. Dabei liegt die Rate in Tibet noch deutlich höher, ohne dass allerdings genaue Zahlen genannt werden. Zwar attestiert der Report, dass es insgesamt Fortschritte gäbe, doch diese seien in Tibet besonders langsam. Ursache für die relative Stagnation sei auch die Ansiedlung der Hirten-Nomaden, die dadurch ihre Selbstversorgung verlören. Diese Ansiedlung wird als Gefahr für die gesicherte Versorgung mit Lebensmitteln beschrieben.

Massenhafte Umsiedlung von Tibetern befürchtet

Der 13. Fünf-Jahres-Plan, der aktuell von 2016–2020 gilt, enthält weitreichende Vorbereitungen für eine groß angelegte Umsiedlung. Danach sollen zehn Millionen Menschen der ärmsten Bevölkerungsschichten umgesiedelt werden. Dazu heißt es, betroffen seien die „unheilbar Armen, die in Gegenden leben, in denen Armut unausrottbar ist, weil diese Gebiete zu kalt und die Luft unmenschlich dünn ist, so dass dort nichts anderes als Gras wachsen kann.“ Diese Formulierung wird so interpretiert, dass damit



Der Bahnhof von Lhasa ist gut bewacht

Bemerkenswert an diesem Report ist, dass China den Sonderbeauftragten der UN für das Recht auf Nahrung, Prof. Olivier de Schutter, im Gegensatz zu anderen UN-Vertretern, eingeladen hat, denn die Regierung versprach sich von ihm einen positiven Bericht. Der Report enthält auch prominente Geleitworte, unter anderem vom 17. Karmapa. //

maßgeblich Tibeter gemeint sind. Laut Staats- und Parteichef Xi Jinping sei die Industrialisierung der Schlüssel, um die Armut zu bekämpfen. Eine solche Wirtschaftsform gab es im traditionellen Tibet nie. Sollten sich die Befürchtungen bewahrheiten, dass Millionen Tibeter in Industriezentren angesiedelt werden, wäre das eine doppelte Zerstörung ihrer traditionellen Lebensweise: weg vom Vertrauten; hin zu einer gänzlich fremden Form, den Lebensunterhalt zu verdienen. Insgesamt leben in China offiziell 70 Mio. Menschen in „extremer Armut“. Dabei sind die etwa 250 Mio. Wanderarbeiter allerdings nicht mitgerechnet. //

Effektivere Ausbeutung der Bodenschätze

Der Bau der Eisenbahn in Tibet zählt auch nach der Eröffnung der Lhasa-Bahn 2006 weiterhin zu den wichtigen strategischen Projekten der chinesischen Regierung. Neben Strecken nach Shigatse und Kathmandu haben die Behörden mit dem Bau von zwei weiteren Linien im Osten Tibets begonnen. Das belegt der aktuelle Fünf-Jahres-Plan.

Die eine Linie verbindet Xining mit den Industriezentren von Chengdu. Die andere Linie startet von Lhasa Richtung Osten und soll bis Nyingchi führen. Beide haben vor allem ein Ziel: die tibetischen Bodenschätze leichter auf den chinesischen Markt zu transportieren. In Ostt Tibet befinden sich zahlreiche wertvolle Rohstoffe wie Kupfer, Eisen, Bauxit und viele andere Erze. Insgesamt will China das gesamte Eisenbahnnetz bis 2020 um 30.000 km erweitern, so dass es dann eine Gesamtlänge von 150.000 km umfasst. Dafür investiert der Fünf-Jahres-Plan 3.8 Billionen Yuan (ca. 535 Mrd. Euro). //

Protest in Ngaba

Im Osten Tibets kommt es immer wieder zu einzelnen Protesten, die von den allgegenwärtigen Sicherheitskräften im Keim erstickt werden. So tauchte der 20-jährige Mönch Adrak aus dem Kloster Kirti mit einem Portrait des Dalai Lama in der Hauptstraße seiner Heimatstadt Ngaba auf und forderte öffentlich „Freiheit für Tibet“. Mehrere Passanten stimmten in seine Forderungen mit ein, auch dann noch, als die Polizei erschien. Er wurde umgehend verhaftet, und die letzten Worte, die er sagen konnte, lauteten „Möge der Dalai Lama 10.000 Jahre alt werden!“. Seit seiner Verhaftung gibt es keine Informationen über seinen Verbleib.

Offensichtlich fürchteten die Behörden, der junge Demonstrant wollte sich selbst verbrennen. Ngaba war ein Zentrum der Selbstverbrennungen, mit denen insgesamt 148 Tibeterinnen und Tibeter seit 2009 gegen die chinesische Besatzung protestiert haben; ein Drittel davon fand allein im Raum Ngaba statt. Der Weg zum Kloster Kirti gilt auch als „Straße der Märtyrer“.

Die Selbstverbrennungen haben seit Monaten aufgehört; nicht zuletzt, weil die Behörden die Angehörigen und Freunde der Opfer gezielt kriminalisieren. 98 Personen sind im Zusammenhang mit den Selbstverbrennungen wegen angeblicher „Komplizenschaft“ festgenommen worden. //

Neues Anti-Terrorismus-Gesetz

Die KPCh nutzt offensichtlich die internationale Lage, um ein neues Anti-Terrorismus-Gesetz in Kraft zu setzen. Als „Terrorismus“ definiert das Gesetz alle Aktivitäten, die „soziale Panik auslösen, die öffentliche Sicherheit gefährden, Menschen und Eigentum verletzen, nationale oder internationale Organisationen durch Gewalt oder Einschüchterung nötigen, um politische oder ideologische Ziele zu verfolgen“.

Auch die Unterstützung derartiger Aktivitäten fällt unter die Rubrik „Terrorismus“, ebenso alle Formen des „Missbrauchs der Religion, um Hass, Diskriminierung und Gewalt zu schüren“.

Beobachter sehen in dem neuen Gesetz ein Mittel, um gegen die Freiheitsbestrebungen der Tibeter und Uiguren vorzugehen, die auf dieser Basis noch leichter als zuvor kriminalisiert werden können. //



Bekannter ehemaliger Gefangener verstorben

Am 6. Januar verstarb der 79-jährige Tenzin in Dharamsala. Er stammt aus Lhasa und zählte zu den prominentesten ehemaligen politischen Gefangenen. Im Gefängnis in Tibet war er so schwer gefoltert worden, dass er sein Augenlicht verlor. Als seine Gesundheit so ruiniert war, dass sein Tod befürchtet werden musste, ließen ihn die Behörden frei. Kurz darauf gelang ihm die Flucht nach Indien. //



Palden Gyatso war 30 Jahre in chinesischer Haft und erludete schwere Folter

Folter in Tibet

Mehrere Tibet-Solidaritätsgruppen, unterstützt von der Organisation der ehemaligen politischen Gefangenen Gu Chu Sum, haben beim „UN-Komitee gegen Folter“ über die weit verbreitete Folter in Tibet berichtet. Ihre Stellungnahmen enthielten Zeugenaussagen ehemaliger Folteropfer, Informationen über Tote in den Gefängnissen und genaue Angaben, wie tibetische Gefangene erniedrigt und misshandelt werden. Das unabhängige „Komitee gegen Folter“ wirft China vor, Folter „weit verbreitet und routinemäßig“ einzusetzen. Zu den Zeugen gehörte u.a. Gonpo Thinley, der im Zusammenhang mit dem Volksaufstand von 2008 verhaftet worden war. Er berichtete: „Sie haben uns Handschellen angelegt und uns mit Elektrostöcken und Wasserrohren aus Metall gefoltert. Wenn unsere Antworten den Vernehmungsbeamten nicht befriedigt haben, wurde kochendes Wasser über uns geschüttet. Sie haben uns auch an der Decke aufgehängt und auf unsere Füße geschlagen. Dabei hingen wir über dem Boden. Manchmal haben sie uns die Elektrostöcke auch in den Mund gesteckt, wodurch wir das Bewusstsein verloren haben. An kalten Tagen und im Winter wurden wir in kaltes Wasser gesteckt.“ 2012 hat China die Folter offiziell verboten, was vom Obersten Gericht 2013 bestätigt wurde. Laut Aussagen von Menschenrechtsgruppen wird Folter in den Gefängnissen dennoch weiter systematisch angewandt. //



Tsering Woeser und
ihr Ehemann Wang Lixiong

Reiseverbot für Ehemann von Tsering Woeser

Der bekannte chinesische Autor und Historiker Wang Lixiong wurde daran gehindert, eine Vortragsreise nach Japan anzutreten. Er war bereits am Flughafen, als die Behörden ihn zur Rückkehr zwangen. Sie begründeten die Maßnahme damit, dass Wang der „nationalen Sicherheit Schaden zufügen wolle“.

Wang ist nicht zuletzt bekannt für seine Forschungen und Publikationen zu Tibet und den Uiguren und für seine offene Kritik an der Politik der chinesischen Regierung. Wang ist der Ehemann der tibetischen Autorin und Bloggerin Tsering Woeser, von der viele authentische Berichte aus Tibet stammen. Ihr Reisepass wurde schon vor etlichen Jahren eingezogen, so dass sie den chinesischen Machtbereich nicht verlassen kann. //

Erschließung des letzten Flusses

Im chinesischen Machtbereich gibt es noch einen großen Strom, der noch unerschlossen frei fließt, der Nu oder Salween, im Südosten Tibets, der zur Provinz Yunnan gehört. Forscher der chinesischen Akademie der Wissenschaften haben festgestellt, dass sogar dort der Fischbestand in den letzten Jahrzehnten auf 40 Prozent seiner ursprünglichen Größe zurückgegangen ist. Der Grund sei vermutlich die intensive Nutzung durch die lokale Bevölkerung.

Bereits im Jahr 2003 gab es Pläne, auch den Salween für die Energiegewinnung zu nutzen und 13 Staudämme zu bauen. Diese Pläne wurden jedoch wegen der astronomischen Kosten fallen gelassen. Nun sollen sie doch noch umgesetzt werden. Die Folgen wären ein weiteres Fischsterben, die Überflutung archäologischer Stätten sowie die Umsiedlung von 1.3 Mio. Menschen. Insgesamt sollen die Kraftwerke doppelt so viel Strom erzeugen wie der Drei-Schluchten-Staudamm im Mittellauf des Yangtse. //

// Klemens Ludwig

Brahmaputra-Damm nimmt Gestalt an

Der Tsangpo-Fluss, die Lebensader Tibets, blieb von den gigantischen Staudammprojekten lange unberührt, weil er dort, wo er energiepolitisch gut genutzt werden konnte, schwer zugänglich ist. Im Südosten Tibets wendet er sich mit einer 90°-Schleife dem indischen Subkontinent zu, wo er als Brahmaputra bekannt ist. Inzwischen ist auch die Schonzeit für den Yarlung/Brahmaputra vorüber. Die Regierung hat umgerechnet 1.5 Mrd. \$ zur Verfügung gestellt, um das Zangmu-Wasserkraftwerk zu errichten, welches das Leistungsstärkste in Tibet werden soll. Es ist zudem die höchstgelegene Wasserkraftanlage seiner Art weltweit und befindet sich 140 km östlich von Lhasa. Die Arbeiten sind bereits im Gang, und nach Fertigstellung soll das Kraftwerk jährlich 2.5 Mrd. Kilowatt-Stunden für den chinesischen Markt liefern. Das verantwortliche Unternehmen Gezhouba aus Wuhan (Provinz Hebei) erklärte dazu, das Kraftwerk werde „die Energieknappheit in Zentral-Tibet beheben“. Gleichzeitig hieß es jedoch, ein Teil der Energie werde in die Provinz Qinghai (tib. Amdo) geliefert, die weitgehend sinisiert ist.

In der Region gibt es innerhalb eines Radius' von 25 km drei große Wasserkraftwerke. Im benachbarten Indien und Bangladesch stoßen die Pläne auf Skepsis und Ablehnung. Indien fürchtet, die chinesischen Behörden könnten mit derartigen Projekten die Regulierung des Brahmaputra und anderer großer Ströme übernehmen, von denen die südlichen Nachbarstaaten abhängig sind. So wäre es im Konfliktfall möglich, die südlichen Nachbarn entweder vom Wasser abzuschneiden oder zu überfluten. Die chinesische Regierung hat derartige Ängste als unbegründet abgetan. //



Kuimen – das Tor zur Qutang-Schlucht

TITELTHEMA



Medien in China

Erdrückende Unfreiheit

// von Ruth Kirchner

Mit der Presse- und Meinungsfreiheit ist es in China bekanntermaßen nicht weit her. In internationalen Rankings landet die Volksrepublik bei diesem Thema regelmäßig auf den hinteren Plätzen. Besserung ist nicht in Sicht: In den letzten drei Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert – sowohl für ausländische Korrespondenten in China als auch für chinesische Journalisten. Themen zur Minderheitenpolitik in China, etwa die Lage der Tibeter und Uiguren, sind immer schwerer zu recherchieren. Vor allem aus Tibet ist wegen der besonders scharfen Restriktionen eine differenzierte Berichterstattung nicht mehr möglich.

Für Ursula Gauthier begann das Jahr 2016 völlig anders als geplant. Am Silvestertag musste die langjährige Beijing-Korrespondentin des französischen Nachrichtenmagazins „L’Obs“ die Volksrepublik verlassen; den Neujahrstag verbrachte sie bereits in ihrer Heimatstadt Paris. Die chinesischen Behörden hatten sich zuvor geweigert, Gauthiers Akkreditierung als Journalistin – also ihre Arbeitserlaubnis – zu verlängern. Damit lief auch ihre Aufenthaltsgenehmigung zum Jahresende ab; sie musste ausreisen. De facto war es eine Ausweisung. Seit Jahren benutzt die Volksrepublik die jährliche Neuausgabe der Presseausweise, um ausländische Korrespondenten unter Druck zu setzen. Mal wird einzelnen Journalisten mit einer Nicht-Verlängerung gedroht oder die Ausstellung des neuen Ausweises bis zuletzt hinausgezögert – so dass die Betroffenen und ihre Familien nicht wissen, ob sie China Hals über Kopf verlassen müssen, wie Ursula Gauthier.

2012 war auch Melissa Chan, Reporterin des Fernsehsenders Al Jazeera, die Verlängerung der Arbeitserlaubnis verweigert worden. Im gleichen Jahr traf es außerdem einen Reporter der „New York Times“. Ein zweiter musste 2014 China verlassen. Visa für neue Korrespondenten bekam das Blatt schon seit Jahren nicht mehr. Der Grund lag auf der Hand: Die „New York Times“ wurde offenbar dafür abgestraft, dass sie 2012 Details über die enormen Reichtümer des damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao und seiner Familie enthüllt hatte. Ursula Gauthier fiel dagegen nicht wegen Enthüllungen über die engste kommunistische Führungsriege in Ungnade, sondern wegen ihrer Kritik an deren Politik. Kurz nach den Terroranschlägen von Paris schrieb sie in ihrem Blatt, die von China erklärte Solidarität mit Frankreich sei nicht ohne Hintergedanken. Beijing suche internationale Unterstützung für seine umstrittene Politik in der überwiegend von Muslimen bewohnten nordwestchinesischen Unruhe-Region Xinjiang. Die Regierung versuche, Gewalt und Unruhen dort als Teil des globalen Terrorismus darzustellen. Dabei, so Gauthier am 18. November, seien die Probleme hausgemacht – eine Folge der Repressalien aus Beijing.

Sensible Themen

Wirklich neu war Gauthiers Analyse nicht, viele Beobachter sehen die Lage ähnlich. Trotzdem reagierte das chinesische Außenministerium empört, warf der Journalistin vor, die Gefühle des chinesischen Volkes verletzt zu haben, und nahm den Artikel zum Anlass, an der Französin ein Exempel zu statuieren: Nicht nur sollte sich die erfahrene China-Korrespondentin öffentlich entschuldigen; sie sollte sich auch – vorab – von Organisationen distanzieren, die ihren Fall als Einschränkung der Pressefreiheit in China präsentieren könnten. Gleichzeitig starteten die staatlichen Medien eine Hetzkampagne gegen Gauthier und ließen in den ansonsten streng zensurierten sozialen Medien Chinas wüste Beschimpfungen und Drohungen zu. Die Journalistin weigerte sich, den Forderungen der Behörden nachzukommen, und musste ausreisen. Ein neuer Tiefpunkt für die Pressefreiheit in China.

Dabei rangiert die Volksrepublik auf internationalen Ranglisten der Pressefreiheit seit Jahren schon weit hinten und fiel bei „Reporter ohne Grenzen“ im letzten Jahr auf Platz 176 zurück, gefolgt nur noch von Syrien, Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea. Mehr noch: Nirgendwo auf der Welt sitzen derzeit so viele Journalisten im Gefängnis wie in China. Das New Yorker Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) führt 49 Reporter auf, die 2015 wegen ihrer Arbeit in der Volksrepublik inhaftiert waren. Auslandskorrespondenten in China haben es da noch vergleichsweise gut – sie werden wie Gauthier schlimmstenfalls des Landes verwiesen. Chinesische Journalisten dagegen tragen ein ungleich höheres Risiko.

Im Fall Ursula Gauthier geht es jedoch um mehr als um Pressefreiheit – nämlich auch um den Umgang mit Minderheiten in China. Die französische Reporterin sagt, ihre Behandlung sei der Versuch, besonders beim Thema der Minderheiten in Tibet und Xinjiang ausländische Korrespondenten in China einzuschüchtern. Bob Dietz, Asien-Direktor beim CPJ (Committee to Protect Journalists), schlägt in dieselbe Kerbe: Die Reaktion



Ursula Gauthier



Melissa Chan



Auch Wirtschaftszeitungen und -magazine unterliegen in der Ära Xi Jinping immer schärferen Kontrollen

auf Gauthiers Bericht zeige, dass die Regierung unter Xi Jinping zunehmend intolerant gegenüber jedweder Kritik an der Behandlung ethnischer Minderheiten geworden sei, schreibt er. Mehr noch: Schon die Berichterstattung über die Lebensverhältnisse der Menschen in Tibet oder Xinjiang ist extrem schwierig, teils unmöglich. Für Reisen in die dünnbesiedelte Wüstenregion Xinjiang an der Grenze zu Zentralasien brauchen in China akkreditierte Journalisten zwar offiziell keine Genehmigung mehr. 2007, im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele in Beijing, wurde diese Vorschrift fast überall im Land aufgehoben, zumindest auf dem Papier. Dennoch sind

Recherchen vor Ort mühsam und manchmal wenig ergiebig, denn regelmäßig werden Journalisten von den Behörden behindert und überwacht. Nach Umfragen des FCCC, des Clubs der Auslandspresse in China, haben Schikanen und Einschränkungen vor allem nach den schweren Unruhen in der Provinzhauptstadt Urumqi von 2009 deutlich zugenommen. Zuverlässige und unabhängige Informationen über die Lage in der Provinz, die fast fünfmal so groß ist wie Deutschland, sind daher meist nur schwer zu bekommen – gerade wenn es um Gewalttaten oder Anschläge geht.

Weit verbreitete Angst

Die Volksrepublik rangiert auf internationalen Ranglisten der Pressefreiheit seit Jahren weit hinten und fiel bei „Reporter ohne Grenzen“ im letzten Jahr auf Platz 176 zurück, gefolgt nur noch von Syrien, Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea.

Beamte und Regierungsvertreter in Xinjiang wollen mit ausländischen Journalisten meist nicht sprechen – schon gar nicht über ethnische Spannungen in der Region, in der sich die muslimischen Uiguren diskriminiert und an den Rand gedrängt fühlen. Anfragen bei Ministerien und Behörden laufen ins Leere. Die Menschen vor Ort wiederum sind eingeschüchtert und haben Angst, offen mit Reportern zu reden, insbesondere vor Mikrophon oder Kamera. Auch uigurische Übersetzer, die unangemeldet für Journalisten arbeiten, müssen mit „Einladungen zum Teetrinken“ rechnen – in China ein Euphemismus für Vorladungen. Die Korrespondenten selbst geraten meist beim Einchecken im Hotel ins Visier – wenn das chinesische Visum im Reisepass mit dem verdächtigen „J“ für Journalist an die

Die Autonome Region Tibet (TAR) ist das einzige Gebiet in China, für das Journalisten bis heute offizielle Sondergenehmigungen beim Außenministerium in Beijing beantragen müssen. Erteilt werden sie so gut wie nie.

örtliche Polizei gemeldet wird. Manche Recherchen gelingen trotzdem, andere sind schnell vorbei – weil die Behörden den Reportern „Begleiter“ an die Seite stellen, sie – und ihre Gesprächspartner – unablässig beschatten, sie stundenlang festsetzen oder sie gleich auffordern, die Region zu verlassen. Tibet ist noch viel schwieriger. Denn das Hochland ist spätestens seit den schweren Unruhen in Lhasa im Olympiajahr 2008 für Auslandskorrespondenten so gut wie tabu. Die Autonome Region Tibet (TAR) ist das einzige Gebiet in China, für das Journalisten bis heute offizielle Sondergenehmigungen beim Außenministerium in Beijing beantragen müssen. Nur erteilt werden sie so gut wie nie.

Auch außerhalb der TAR, in den von Tibetern bewohnten Gebieten der angrenzenden Provinzen Sichuan, Qinghai, Gansu oder Yunnan sind unabhängige Recherchen schwierig. Wie in Xinjiang müssen Auslandskorrespondenten auch dort mit Behinderungen durch die Behörden rechnen, reisen sie in Sorge um die Sicherheit ihrer Interviewpartner, treffen auf Misstrauen und Angst. In der Provinz Qinghai (tibetisch Amdo) senken Gesprächspartner unwillkürlich die Stimme, wenn es um politisch heikle Fragen geht, und antworten ausweichend und unbestimmt. Im Westen von Sichuan (tibetisch Kham) werden Journalisten unter Umständen bereits kurz hinter der Stadt Kangding am Fuße des tibetischen Hochplateaus an militärische Kontrollstellen zurückgeschickt. In Gansu wird das große buddhistische Kloster Labrang, 2008 eines der Zentren der tibetischen Proteste, heute von den Behörden aufs Schärfste kontrolliert.

Wenn die Behörden Korrespondenten doch mal in die Autonome Region Tibet lassen, dann nur bei seltenen und streng kontrollierten Gruppenreisen unter ständiger Bewachung von Beamten des Außenministeriums, des Staatsrates und anderer staatlicher Stellen. Der China-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Kai Strittmatter etwa, der im Sommer 2013 mit zwei Kollegen unter anderem nach Lhasa eingeladen wurde, berichtet von einem Interview mit einem ausgewählten tibetischen Bauern in Anwesenheit von acht Staatsbeamten, die jedes seiner Worte genau mitschrieben.

Alles unter KP-Kontrolle

Mit solchen Methoden will Chinas Regierung kontrollieren, welche Bilder aus Tibet verbreitet werden, welche Geschichten Journalisten erzählen, wen sie treffen und mit wem sie sprechen. Denn Beijing will die Deutungshoheit nicht aus der Hand geben, will Kritik an der Regierungspolitik verhindern. Korrespondenten bekommen daher nur ein einstudiertes Tibet zu sehen: parteitreue Vorzeigebauern, Modelldörfer, Musterbetriebe. Sie sollen die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte sehen, die „Segnungen“ der chinesischen Investitionen: glückliche Familien, bunte Trachten, wachsenden Wohlstand. Für dieses Bild greift die Propaganda manchmal tief in die Trickkiste. In Lhasa, berichten Besucher, sei normalerweise die Präsenz von Polizei und Armee überall sichtbar. Nur nicht, wenn hoher Besuch kommt. Dann werde ein „Spiel für die Außenwelt“ gespielt, schreibt die tibetische Autorin und Bloggerin Tsering Woesser. „Wenn auf einmal die Soldaten, von denen es sonst nur so wimmelt, von den Straßen verschwinden, wenn die Polizisten auf einmal alle Zivil tragen, wenn die Scharfschützen von den Dächern abgezogen werden“, dann wisse sie, dass ausländische Journalisten oder Diplomaten in der Stadt seien. Woesser ist eine der wenigen kritischen Stimmen in China. Sie lebt in Beijing und Lhasa – mal unter Hausarrest, mal in relativer Freiheit, aber stets unter den wachsamen Augen der Sicherheitsbehörden, die ihr seit Jahren einen Reisepass für Auslandsreisen verweigern. Die 49-Jährige ist eine der ganz wenigen im Reich der Mitte, die über ihren chinesisch-sprachigen Blog, „Invisible Tibet“, beharrlich versucht, der staatlichen Propaganda etwas entgegenzusetzen. Die sich allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz mit ausländischen Journalisten trifft – in Teehäusern in Beijing, in Restaurants, manchmal in ihrer Wohnung. So wie auch der Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti jahrelang der einzige Uigure in China war, der es wagte, Chinas Minderheiten-Politik in Xinjiang öffentlich in Frage zu stellen. In seiner Wohnung unweit der Beijinger Minderheiten-Universität empfing der 46-Jährige



Die tibetische Bloggerin und Autorin Tsering Woesser



Weltweite Solidarität im Jahr 2009:
Von den Staatsmedien werden die Uiguren
nichts von den Protesten im Westen erfahren

ausländische Journalisten – warb mit milder Stimme für mehr Toleranz, mehr Chancengleichheit, mehr Autonomie und mehr Dialog. Tohti sitzt jetzt im Gefängnis – im September 2014 wurde er trotz internationaler Proteste zu lebenslanger Haft verurteilt – wegen angeblich separatistischer Äußerungen auf einer von ihm gegründeten Website. Die Tibeterin Woesser weiß, dass auch sie sich auf dünnem Eis bewegt und in ständiger Gefahr lebt.

Dass unter Chinas Tibetern und Uiguren kaum noch jemand wagt, sich öffentlich zu äußern, dass auch liberale Intellektuelle aus Angst vor Repressalien schweigen, hat Folgen. Eine intensive und differenzierte Berichterstattung beispielsweise über Tibet findet fast nicht mehr statt. Das wenige, was be-

richtet wird, stützt sich oft auf Quellen außerhalb Tibets, auf Exilgruppen, auf Auslandssender, wie das von den USA finanzierte Radio Free Asia, oder flüchtige Begegnungen in den tibetischen Gebieten der angrenzenden Provinzen.

In China selbst werden über Tibet nur die rosigen Bilder der staatlichen Propaganda verbreitet; die Auslandskorrespondenten wiederum können zwar viele Fragen stellen, sie werden aber nicht wirklich beantwortet. Fragen wie diese: Was bedeutet es, im modernen China Tibeter oder Uigure zu sein? Wie viel Rückhalt hat der Dalai Lama wirklich in seiner Heimat? Welche Folgen haben die über 140 Selbstverbrennungen seit 2009? Wie wirken sich die massiven chinesischen Investitionen auf die Menschen und die Umwelt aus? Wie sehen junge Uiguren oder Tibeter ihr Land und ihre Zukunft? Wie ergeht es jungen Frauen in den traditionellen streng patriarchalischen tibetischen Familien? Themen gäbe es genug. Doch wegen der erdrückenden Presseunfreiheit in China bleiben Tibet und Xinjiang in ihrer ganzen Komplexität und Widersprüchlichkeit weitgehend unsichtbar.

Die 49-jährige Woesser ist eine der ganz wenigen im Reich der Mitte, die über ihren chinesisch-sprachigen Blog, „Invisible Tibet“, beharrlich versucht, der staatlichen Propaganda etwas entgegenzusetzen.

Weitere Verschärfung

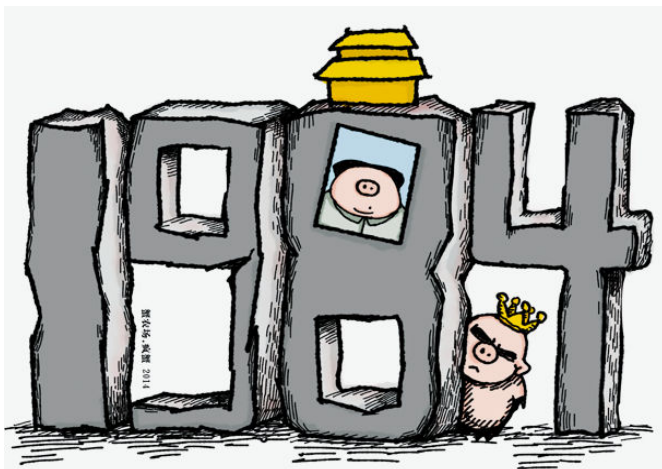
Seit 2012, seit dem Amtsantritt von Staats- und Parteichef Xi Jinping, hat sich die Lage weiter verschärft – vor allem für Chinas eigene Journalisten, Blogger und Kommentatoren. Ihre ohnehin geringen Spielräume sind noch einmal ge-

schrumpft. Hatte sich in den Jahren zuvor durch die neuen sozialen Medien, etwa durch Kurznachrichtendienste wie Sina Weibo, das chinesische Pendant zu Twitter, erstmals eine Art bürgerliche Öffentlichkeit entwickelt, so war damit spätestens seit 2012 wieder Schluss. Seitdem versucht die Führung, die Medien und das Internet wieder verstärkt unter die Kontrolle der Kommunistischen Partei zu stellen.

Bekannte Blogger wurden eingeschüchtert, Dutzende verhaftet. Das Verbreiten von Gerüchten – in China ein sehr dehnbarer Begriff – wurde unter Strafe gestellt. Blogs und Mikroblogger-Konten wurden zu Hunderten einfach geschlossen. Chinesischen Journalisten wurde es verboten, Texte, die sie in den staatlichen Medien nicht unterbringen konnten, auf privaten Blogs zu veröffentlichen. Die jährliche Lizenz-Vergabe für chinesische Reporter wurde verschärft und liberale Blätter wie die „Nanfang Zhoumo (Southern Weekly)“ wieder auf Partei-Linie gebracht.

Dabei agieren Chinas Zensoren selten so plump wie bei der einflussreichen Wochenzeitung aus dem südchinesischen Guangdong, bei der ein Leitartikel auf der Titelseite der Neujahrsausgabe 2013 in der Nacht einfach von einem Propagandakader komplett umgeschrieben wurde – aus einem mutigen Plädoyer für politische Reformen wurde ein Loblied auf die Errungenschaften der KP.

Meist arbeiten die Propagandaabteilungen im Verborgenen, verschicken täglich detaillierte Anweisungen an Chef-Redakteure und Redaktionsleiter. Manches davon landet im Ausland, wird beispielsweise von der „China Digital Times“, einem Medienprojekt im kalifornischen Berkeley gesammelt und ausgewertet. Viele Zensur-Befehle kommen demnach von ganz oben – etwa aus der Internet-Behörde, die direkt dem Staatsrat, also dem Kabinett unterstellt ist, oder von SARFT, dem Staatsamt für Presse, Publikationen, Rundfunk, Film und Fernsehen. Als beispielsweise der taiwanesischer Präsident im Oktober 2014 für mehr Demokratie in Hongkong warb, folgte umgehend die Anweisung an alle Webseiten und mobilen Dienste, Berichte über die Rede sofort wieder zu löschen.



Anspielung auf Orwells „1984“: Karikatur des chinesischen Künstlers „Crazy Crab“ (<https://hexiefarm.wordpress.com/>)

Meist arbeiten die Propagandaabteilungen im Verborgenen, verschicken täglich detaillierte Anweisungen an Chef-Redakteure und Redaktionsleiter.

„Direktiven aus dem Wahrheitsministerium“ werden diese Anweisungen oft spöttisch genannt – in Anlehnung an George Orwells dystopischen Roman „1984“. Manchmal wird Redaktionen genau vorgeschrieben, welche Artikel und Kommentare wie zu platzieren sind; wann beispielsweise nur Berichte der staatlichen Nachrichtenagentur „Xinhua“ erlaubt sind und keine eigenen Reportagen – so wie letztes Jahr nach dem großen Fährunglück auf dem Jangtse-Fluss mit über 400 Toten oder nach der Explosion in einem illegalen Chemikalienlager in der ostchinesischen Hafenstadt Tianjin mit über 170 Toten. Auch Provinzbehörden geben Direktiven heraus, um „ihre Medien“ zu kontrollieren. Andere Anweisungen gibt es nur mündlich. „Manchmal gibt es nur einen Anruf, und man muss die Anweisungen mitschreiben“, sagt der langjährige Journalist Huang Liangtian. „Bei heiklen Themen wird nichts schriftlich verschickt.“

Kampf um Freiräume

Journalisten und Chefredakteure versuchen gleichwohl immer wieder die Grenzen auszutesten und Spielräume zu erweitern. Wirtschaftsmagazine wie „Caijing“ und „Caixin“, beide gegründet von der Pionierjournalistin Hu Shuli, machen mit investigativen Recherchen aus der Wirtschafts- und



Proteste gegen die Einflussnahme auf die Berichterstattung der Nanfang Zhoumo im Januar 2013

Finanzwelt von sich reden, vermeiden dabei aber politische Themen. Dass die Grenzen jedoch mittlerweile fließend sind, zeigte der Börsencrash vom letzten Sommer, als der erfahrene Finanzjournalist Wang Xiaolu von „Caijing“ festgenommen wurde, vermutlich weil er zu intensiv auf eigene Faust recherchiert hatte. Im Staatsfernsehen wurde er vorgeführt und bekannte in einem wohl kaum freiwilligen Geständnis, mit seinen Berichten dem Land und den Investoren großen Schaden zugefügt zu haben. Sein Fall war ein Warnschuss für viele Wirtschafts- und Börsenreporter, die bis dahin noch geglaubt hatten, der Finanzjournalismus sei vor Gängelungen des Staatsapparates sicher.

Generell gilt, wer zu oft und zu offensichtlich Grenzen überschreitet, wird abgemahnt, ins Ministerium einbestellt oder kalt gestellt. Huang Liangtian verlor seinen Chefredakteursposten 2006, nachdem sein Blatt investigative Berichte über Enteignungen und Korruption veröffentlicht hat. Heute arbeitet er bei einer Webseite, die Chinas Bauern die staatliche Agrarpolitik erklären soll, und wartet auf seine baldige Pensionierung.

Deutlich härter traf es Gao Yu, die unter anderem für den chinesischen Dienst der Deutschen Welle schrieb. Die große alte Dame des unabhängigen chinesischen Journalismus wurde im April 2015 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Die 71-Jährige hatte im Ausland ein als geheim deklariertes Dokument der KP publik gemacht, in dem die Partei vor westlichen Werten warnt, darunter vor Pressefreiheit. Erst nach massiver internationaler Kritik wurde Gaos Strafe im Berufungsverfahren um zwei Jahre reduziert und die herzkrankte Frau in den Hausarrest entlassen.

Gao Yu hatte seit langem über die politische Elite berichtet, daher war sie der Führung ein Dorn im Auge. Die meisten Journalisten machen um Themen, bei denen es um Details aus der Führungsspitze oder aus dem Innenleben der Partei geht, einen großen Bogen. Es gibt andere klare rote Linien – so darf nicht in Frage gestellt werden, dass Tibet und Taiwan zur Volksrepublik gehören, über Tiananmen, also die Nie-

Es gibt klare rote Linien – so darf nicht in Frage gestellt werden, dass Tibet und Taiwan zur Volksrepublik gehören, über Tiananmen, also die Niederschlagung der Demokratiebewegung von 89, darf ebenfalls nicht berichtet werden.

derschlagung der Demokratiebewegung von 89, darf ebenfalls nicht berichtet werden. Aber über diese „drei T“ hinaus, bleibt Zensur oft bewusst im Unklaren, was heute noch erlaubt war, ist morgen möglicherweise verboten – und umgekehrt. Vieles hängt von der politischen Großwetterlage ab – und manchmal von den Launen der Führungsspitze. So ließen die Zensoren im vergangenen Jahr einen unabhängigen Dokumentarfilm über den Smog in China erst zu, sogar der Umweltminister lobte den Streifen. Doch als der Film im Internet millionenfach angeklickt wurde und drohte, eine landesweite Debatte auszulösen, verschwand er aus allen Portalen. Wie immer ohne Begründung.

Schere im Kopf

Da es klare Regeln nicht gibt, zensieren die meisten Journalisten sich selbst. Der Autor Murong Xuecun, einer der schärfsten Zensur-Kritiker, beschreibt die Denk- und Schreibverbote als Schere im Kopf, die massiv Kreativität und Phantasie beschneide: „Obwohl die Regeln nicht sehr klar sind, wissen wir alle instinktiv, was zu erwarten ist, und achten darauf, keine politisch heiklen oder Tabu-Themen aufzugreifen,“ sagte er kürzlich bei einem Vortrag in Sydney. Das Gleiche gilt für Journalisten, die auf Pressekonferenzen heikle Fragen gar nicht erst stellen. „Jeder chinesische Medienarbeiter weiß automatisch, was er fragen darf und was nicht“, sagt Journalist Huang. „Getreu dieser Logik berichtest du auch nur das, was du berichten darfst.“

Der gewaltige Zensurapparat dient aber nicht nur dazu, unliebsame Nachrichten zu unterdrücken, die Regierung benutzt ihn auch, um die öffentliche Meinung zu führen und zu lenken, wie es im Parteijargon heißt. Frühzeitig beginnt die Propagandamaschine mittlerweile damit, bei großen Ereignissen eine system-kompatible Interpretation zu liefern, um nicht von einer unabhängigen, öffentlichen Meinungsbildung unter Druck gesetzt zu werden. Als etwa im Herbst 2014 in





Paradox der Zensur:
Die Dokumentation „Under the Dome“ (2015) einer ehemaligen
CCTV-Journalistin wurde erst offiziell von Regierung und
Staatsmedien gelobt, um nur eine Woche später überall gelöscht
und aus dem öffentlichen Diskurs entfernt zu werden.

der Sonderverwaltungszone Hongkong Tausende junge Menschen für mehr Demokratie auf die Straßen gingen, wurden die Demonstranten in den chinesischen Medien als vom Westen manipulierte, unpatriotische Kräfte dargestellt. Differenziertere Informationen und Diskussionen wurden strikt unterbunden, auch die sozialen Netzwerke wurden strenger als sonst kontrolliert und gesäubert. In Ermangelung anderer Sichtweisen funktioniert diese Manipulation der öffentlichen Meinung, blieb in den Köpfen vieler Menschen der Eindruck von den undankbaren, Chaos stiftenden Demonstranten hängen.

All das zeigt, dass die Öffnung und Kommerzialisierung der chinesischen Medienwelt und die rasante Entwicklung des Internets mit seinen mittlerweile über 600 Millionen Nutzern in China nicht automatisch zu mehr Presse- und Meinungsfreiheit geführt hat. Dieser Traum aus den Anfangsjahren des Internets ist mittlerweile ausgeträumt. Im Gegenteil – unter Xi Jinping herrscht Eiszeit, droht etwa das chinesische Internet zu einer Art Intranet zu verkommen. Journalisten, Blogger und unabhängige Kommentatoren erleben harte Zeiten. Gerade 2015 war ein besonders dunkles Jahr für die Pressefreiheit in China, resümierte Anfang Januar die US-Organisation „Freedom House“. Eine Liberalisierung sei derzeit nicht in Sicht. „Ich bin nicht sehr optimistisch“, sagte bereits im Frühjahr auch Hu Yong, Medienprofessor an der Beijing Universität. Bei Zensur und Medienkontrolle habe es nur Rückschritte gegeben. Das sei ein großer Rückschritt für die gesamte chinesische Gesellschaft und erfülle ihn mit großer Sorge. //



Die Autorin

Ruth Kirchner hat von 2005 bis Sommer 2015 aus China berichtet, die letzten fünf Jahre als Hörfunkkorrespondentin der ARD in Beijing. Davor schrieb sie für diverse deutsche Printmedien sowie für deutsche, schweizer und US-amerikanische Radiosender. In ihren zehn Jahren in China hat sie fast alle Regionen und Provinzen des Landes bereist und sich immer wieder intensiv mit der Minderheitenpolitik Beijings sowie mit der Entwicklung des Internets und der Meinungs- und Pressefreiheit auseinandergesetzt. Bis 2005 arbeitete sie über zehn Jahre als Hörfunkjournalistin bei der BBC in London. Seit Sommer 2015 lebt die gebürtige Hamburgerin mit ihrer Familie in Berlin.

„Die chinesische Führung scheint bereits den Gedanken, es gäbe ein Menschenrechtsproblem in China, nicht zu akzeptieren“

Interview mit Christoph Strässer (SPD), Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung

Christoph Strässer wurde 1949 in Velbert geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und lebt seit 1970 in Münster. Seit 2002 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags und war bis 2014 Mitglied im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Seit Januar 2014 ist er Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe. Zu seinen Aufgaben gehört es, die politischen Entwicklungen zu verfolgen und dem Bundesaußenminister Vorschläge zur Gestaltung der deutschen Politik in diesen Bereichen zu machen. Ende November war Christoph Strässer im Rahmen des 13. Deutsch-Chinesischen Menschenrechtsdialogs in Beijing und Lhasa. Nadine Baumann sprach mit ihm über seine Eindrücke der Reise, seine Einschätzung der Menschenrechtssituation in China und Tibet sowie über die Verantwortung Deutschlands in der Tibet-Frage.

Ihre Reise steht in einer Reihe mit den Besuchen anderer ausländischer Delegationen. Das wirkt zunächst positiv. Inwieweit hatten Sie Einfluss auf das Programm?

Ein solches Programm ist immer das Ergebnis von Verhandlungen. Man bekommt nie genau das, was man haben möchte. So hatte ich z.B. die Bitte geäußert, eine Haftanstalt besuchen zu dürfen. Das ist mir nicht gewährt worden. Auf der Habenseite ist zu verbuchen, dass ich überhaupt Tibet besuchen konnte. Wir wurden sehr gastfreundlich empfangen, wofür ich auch dankbar bin. Natürlich hatte die chinesische Seite das Programm dort voll in der Hand. Aber so war es möglich, unsere Fragen und Bedenken angesichts der sozialen und politischen Entwicklungen in Tibet direkt bei den zuständigen Behörden anzubringen und nicht über den Umweg der Zentralregierung. Auch konnten wir bei-

spielsweise die NGO Braille Without Borders zu treffen und bei dieser Gelegenheit der chinesischen Seite die Zusage abzunehmen, die Arbeit für diese NGO in der bewährten Weise weiterhin zu ermöglichen.

Sehen Sie die Gefahr, dass Reisen wie die Ihre von der chinesischen Führung instrumentalisiert werden?

Diese Gefahr besteht immer. Ehrlich gesagt bin ich aber überrascht, dass dies nicht stärker geschehen ist, etwa durch Artikel in der gelenkten Presse. Aber in einer Abwägung habe ich mich für diese Reise entschieden und kann auch im Nachhinein zu dieser Entscheidung stehen.

Immer wieder hören wir von der verstärkten Militärpräsenz in Lhasa und von einer Atmosphäre der Angst. Wie haben Sie diese Überwachung selbst erlebt?

Militär haben wir sehr wenig gesehen, übrigens überraschenderweise auch kaum uniformierte Polizei. Aber wir wissen, und haben das auch gesehen, dass es viele zivile Sicherheitskräfte gibt – nicht zuletzt um den Potala-Palast und den Jokhang Tempel herum. Eine Atmosphäre der Angst habe ich nicht wahrnehmen können, aber mein Besuch war auch nur eine Momentaufnahme.

Zuletzt hat uns der Tod des politischen Gefangenen Tenzin Delek Rinpoche zutiefst erschüttert. Hatten Sie Gelegenheit, diesen und andere Fälle anzusprechen, ein Gefängnis zu besuchen und mit Inhaftierten zu sprechen?

Diesen Fall habe ich angesprochen, viele andere ebenso. Die Forderung, ein Gefängnis zu besuchen, habe ich gestellt,



„Wenn Sie ein Gefängnis tatsächlich zu sehen bekommen, ist das auch oft nur ein „Potemkinsches Gefängnis“ und sagt kaum etwas über tatsächliche Haftbedingungen aus.“

aber leider wurde sie nicht erfüllt. Im Übrigen kenne ich das aus vielen anderen Ländern: Wenn Sie ein Gefängnis tatsächlich zu sehen bekommen, ist das auch oft nur ein „Potemkinsches Gefängnis“ und sagt kaum etwas über tatsächliche Haftbedingungen aus.

Inwieweit sind Unterschriftenaktionen, wie sie die TID im Rahmen ihrer FREE ME-Kampagne durchführt, für Ihre Arbeit hilfreich? Welche Möglichkeiten haben Sie persönlich, auf die Situation von politischen Gefangenen Einfluss zu nehmen?

Die Frage der Wirkung von Einzelfallarbeit wird sich nie ganz beantworten lassen. Der Einsatz für Einzelfälle – ob nun von meiner Seite oder durch Unterschriftenaktionen – muss aber von den jeweiligen Machthabern in irgendeiner Weise zur Kenntnis genommen werden. Gerade bei China habe ich den Eindruck, dass die dortige Bürokratie einen solchen Einsatz nicht ignorieren kann, so dass er stets in irgendeiner Weise dazu beiträgt, die Situation der Betroffenen zu verbessern oder zumindest eine drastische Verschlechterung zu vermeiden. Ich bin überzeugt, dass die jüngst gewährte Haftverschonung für Gao Yu vor allem auf die Einzelfallarbeit zurückzuführen ist. Auch bei AI Weiwei und der DW-Journalistin Zhang Miao haben wir uns für die Freilassung und Möglichkeit zur Ausreise eingesetzt, und beide leben derzeit in Deutschland.

Beobachter sind sich einig, dass sich die Menschenrechtssituation in China und Tibet in den letzten Jahren deutlich verschlechtert hat. Was kann der deutsch-chinesische Menschenrechtsdialog überhaupt bewirken, und wie muss man sich das Gesprächsklima vorstellen?

Das Gesprächsklima war sehr offen und vor diesem Hintergrund streckenweise sogar angespannt. Die chinesische Führung scheint bereits den Gedanken, es gäbe ein Menschenrechtsproblem in China, nicht zu akzeptieren. Sie verweist auf große Erfolge bei der Armutsbekämpfung, was natürlich auch mit Menschenrechten zu tun hat, blenden aber die Gewährung politischer Rechte aus. Dass wir diese Probleme sehen und ansprechen, ist für uns Teil unserer internationalen Verpflichtungen, die im Übrigen auch die Volksrepublik China ratifiziert hat. Für die chinesische Führung ist das eine Einmischung in innere Angelegenheiten von außen. Gerade deshalb betrachte ich es als Besonderheit, dass dieser Dialog stattfindet. Er ist vielleicht unsere wertvollste Gelegenheit, klarzustellen, welche Maßstäbe aus unserer Sicht anzulegen sind. Wir sollten auch nicht vergessen, dass wir zum zweiten Mal eine Pressekonferenz im Anschluss an den Menschenrechtsdialog durchgeführt haben. Die Durchführung des Menschenrechtsdialogs bedeutet übrigens nicht, dass deutsche Spitzenpolitiker deshalb in ihren Gesprächen mit chinesischen Partnern das Thema ausklammern – das Gegenteil ist der Fall. Aber es ist ja so: Sie werden in einem Gespräch der Bundeskanzlerin mit dem Ministerpräsidenten oder zwischen den Ministern nie so viel Zeit auf ein einziges Thema verwenden können, wie das beim komplexen Thema Menschenrechte nötig ist. Und deswegen benötigen wir beides: ein „Mainstreaming“ des Themas bei politischen Gesprächen ebenso wie einen Menschenrechtsdialog, der sich mehrere Tage nur diesem schwierigen Thema widmet.

Die anfänglichen Hoffnungen auf einen Wandel der chinesischen Tibet-Politik sind zerschlagen. XI hat sich als Hardliner herausgestellt, die Repressionen wurden

weiter verschärft, und auch Entwicklungen wie das Antiterrorgesetz, das harte Vorgehen gehen zivilgesellschaftliche Kräfte, die Verhaftung von Anwälten, die Pressezensur, das kommende NGO-Gesetz etc. sprechen für den unbedingten Willen, die Kontrolle zu behalten. Wovor fürchtet sich die chinesische Führung?

Mein Eindruck ist, dass die chinesische Führung bereits dann mit Misstrauen und Härte reagiert, wenn sich Menschen außerhalb der Partei zusammenschließen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Den Eindruck habe ich insbesondere in einem Gespräch mit LGBTIQ-Vertreterinnen gewonnen, die sich für Frauenrechte einsetzen. Wir alle befürworten die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Kommunistische Partei Chinas steht sexueller Vielfalt nicht per se feindlich gegenüber und beansprucht für sich auch, die Kultur zu fördern. Aber alles, was dem Zugriff der Partei entzogen ist, wird als Angriff auf das System angesehen. So wurde mir bei meinen Gesprächen auch deutlich zu verstehen gegeben, dass der Dalai Lama für den chinesischen Apparat eine absolute rote Linie darstellt.

Wir erleben derzeit eine deutliche Zurückhaltung der internationalen Politik in Bezug auf Tibet. Andere Themen beherrschen die Schlagzeilen, aber auch wirtschaftliche Interessen lassen die Solidarität mit Tibet schwinden. Jüngstes Beispiel dafür ist Großbritannien. Die USA zeigen, dass es auch anders geht. Wo steht Deutschland in diesem Spannungsfeld?

Unsere Position zu Tibet ist klar: Wir stellen die territoriale Integrität Chinas nicht in Frage, fordern gleichzeitig aber wirkliche Autonomie für Tibet, und das bedeutet vor allem kulturelle und religiöse Autonomie. Ich habe diese Position und auch meine Einschätzung, dass beides in Tibet bislang schlichtweg nicht umgesetzt ist, allen Gesprächspartnern in gleicher Weise kommuniziert. Ich halte es für einen Fehler, in dieser Frage Kompromisse zu machen und sich davon kurzfristige Vorteile zu erhoffen. Das ist nicht nachhaltig.

Muss und kann unser Land als wichtigster Handelspartner Chinas in der EU nicht viel stärker auf eine gemeinsame europäische Haltung in der Tibet-Frage drängen?

In der Tat setzen wir, setzt sich die Bundesregierung, sehr stark für eine kohärente Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber China ein. Nicht nur in der Tibet-Frage, sondern auch bei vielen anderen Punkten. Sie haben übrigens auf einen wichtigen Aspekt hingewiesen: Wir sind der wichtigste Handelspartner Chinas in der EU. Wir haben jedoch nie wirtschaftliche Folgen unserer konsequenten Menschenrechtspolitik zu spüren bekommen. Ich finde, das ist ein ermutigendes Zeichen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

„Die Durchführung des Menschenrechtsdialogs bedeutet übrigens nicht, dass deutsche Spitzenpolitiker deshalb in ihren Gesprächen mit chinesischen Partnern das Thema ausklammern – das Gegenteil ist der Fall.“

Wie beurteilen Sie insgesamt die Entwicklung der Menschenrechtssituation in Tibet und China, und welche Hoffnungen haben Sie für die Zukunft? Das Gesprächsangebot der Tibeter steht. Was kann die Bundesregierung tun, damit der sino-tibetische Dialog wieder in Gang kommt.

Weltweit beobachte ich, dass an vielen Orten auf der Welt derzeit Repressionen zunehmen. China ist da nur ein Beispiel, allerdings eines, was derzeit besonders hervorsteht. Nehmen Sie als Beispiel die Sicherheitsgesetzgebung, z.B. das NGO-Gesetz, das derzeit erlassen wird. Dies erfüllt mich mit Sorge. Zwar war in China die Entwicklung nie linear, sondern eher von einem Auf und Ab geprägt. Heute ist für den Einzelnen häufig vieles möglich, was vor 25 Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Auf der anderen Seite nimmt die Repression gegen Blogger, Menschenrechtsanwälte und Aktivisten deutlich zu.

Was den sino-tibetischen Dialog angeht, so hat mich die harte Haltung meiner Gesprächspartner, insbesondere, was die Person des Dalai Lama angeht, nicht überrascht, aber pessimistisch gestimmt. Ich denke, dass es noch sehr lange dauern wird, bis es zu der von der Bundesregierung geforderten wirklichen Autonomie für Tibet kommen wird. Umso wichtiger ist es, dass bis dahin, auch durch Organisationen wie die Tibet Initiative, das Interesse an diesen Fragen erhalten bleibt.

Herzlichen Dank für das Gespräch, und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit!

// INTERVIEW: Nadine Baumann

„Die Tibeter haben eine Schwäche, sie geben sich zu schnell zufrieden. Manchmal denke ich, wir scheinen den Grund für unser Exil und das Ziel, das wir verfolgen, vergessen zu haben. Wir sollten uns der Mission im Klaren sein, die wir schultern: Nämlich nach Tibet zurückzukehren und Demokratie und Freiheit zu erlangen, und das Land, das uns zusteht.“

Als ich im Oktober 2015 dieses Zitat des 17. Karmapa las, war ich tief bewegt. Denn seit dem Tiananmen-Massaker gibt es geschätzt noch mehr Exil-Chinesen als -Tibeter. Auch wir scheinen vergessen zu haben, dass wir eines Tages mit einer Mission nach China zurückkehren müssen, nämlich Demokratie und Freiheit zu erlangen und unser Land, das uns zusteht. Danke für diese Erinnerung, lieber Karmapa.

LIAO YIWU

AUTOR UND
MUSIKER

Verschleppen und Verschwindenlassen – die Meinungsfreiheit in China ist nahe am Gefrierpunkt

// von Tienchi Martin-Liao



Tienchi Martin-Liao, Autorin und Publizistin, wurde in Nanjing, China, geboren. Nach ihrem Abschluss an der Staatlichen Universität Taiwan kam sie nach Deutschland und arbeitete zunächst am Institut für Asien-Kunde in Hamburg und später an der Ruhr-Universität Bochum. 2001 ging sie in die USA und war zehn Jahre lang Direktorin der Menschenrechtsorganisation Laogai Research Foundation. Seit 2009 ist sie Vorsitzende des Unabhängigen Chinesischen PEN-Zentrums und schreibt regelmäßig für die Literaturzeitschrift Sampsonia Way. Tienchi Martin-Liao lebt in Köln.

Mit dem mysteriösen Verschwinden von Verlagsmitarbeitern und Buchhändlern in Hong Kong verbreitet die Xi Jinping-Administration Angst. Zuerst traf es den Verleger Gui Minhai, der für seine Sex-and-Crime-Sammlung über hochrangige Politiker bekannt ist. Dazu zählen Titel wie „Xi Jinpings Sturz in 2017“ oder „Xi und seine sechs Frauen“, die wie ein Magnet auf chinesische Touristen wirken. Obwohl Gui die schwedische Staats-

angehörigkeit besitzt, wurde er von der chinesischen Geheimpolizei am 17. Oktober im thailändischen Pattaya aus seiner Wohnung abgeführt.

Zur gleichen Zeit wurden vier weitere Chinesen von der chinesischen Geheimpolizei in Thailand verhaftet und in die Volksrepublik überstellt, ein politischer Karikaturist, ein kritischer Autor und zwei Falun-Gong-Anhänger. Zudem wurden drei Mitarbeiter von Gui in Shenzhen verhaftet sowie sein Partner Li Bo, der die britische Staatsbürgerschaft besitzt. Der Druck auf die Angehörigen der Entführten ist immens: Guis Frau, die in Düsseldorf lebt, bat ihre Freunde: „Wenn ihr es gut mit Minhai meint, tut bitte gar nichts und lasst mich auch in Ruhe.“ Ihr wurde eingeschärft, auf keinen Fall die Medien zu kontaktieren.

Dass die KPCh sowohl Hong Kong – als auch ausländische Staatsbürger entführt und nach China bringt, offenbart eine neue Dimension des Staats-Terrorismus, auch wenn es Entführungen von Dissidenten außerhalb des Staatsgebiets der VR China schon früher gegeben hat. Dabei sind die jüngsten Fälle nur die Spitze des Eisbergs. Im Widerspruch zu Hong Kongs autonomem Status werden die unsichtbaren Hände über den Medien, über akademischen und Erziehungsbereichen immer sichtbar. Das KPCh-Regime macht keinen Hehl daraus, dass es nur gehorsame Schäfchen duldet. Dabei wendet Xi eine raffinierte Doppel-Strategie an: Prominente Dissidenten wie Ai Weiwei, Pu Zhiqiang oder Gao Yu werden sanfter behandelt. Ai ist jetzt in Berlin und

konnte ein- und ausreisen. Der Anwalt Pu Zhiqiang wurde wegen der faden-scheinigen Anschuldigung „Aufruf zum ethnischen Hass“, wider Erwarten zu einem „milden“ Urteil von drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Gao Yu, eine Mitarbeiterin der Deutschen Welle, wurde wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“ zunächst zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, die auf fünf reduziert wurden. Sie konnte außerhalb des Gefängnisses medizinische Behandlung bekommen. Derartige Gesten vertuschen jedoch die Härte gegenüber weniger bekannten Autoren und Anwälten.

Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Die Meinung des Volkes ist wie Wasser. Es kann das Boot tragen, kann es aber auch sinken lassen.“ Seit jeher haben die Machthaber Angst vor einem aufgeklärten Volk. Deshalb werden Autoren und Medien vom Xi-Regime als Staatsfeinde bekämpft. Der IS-Krieg ist barbarisch, aber das scheinbar weiche Messer der chinesischen Regierung kann genauso Andersdenkende tot oder mundtot machen.

Die westliche China-Strategie „Wandel durch Handel“ ist Selbstbetrug. Richtig wäre das Prinzip „Handeln erzwingt Wandel“. Unsere Welt benötigt keinen unberechenbaren Riesen, der die Umwelt verpestet, seine Nachbarn belästigt und bedroht. Es ist Zeit, dass China sich verändert und der zivilisierten Welt zuwendet. //

→ Tienchi Martin-Liaos Kolumne:
<http://www.sampsoniaway.org/category/tienchi-martinliao/>

ZEITENWENDE IN TAIWAN – Tsai Ing-wen wird erste Präsidentin

In Taiwan waren am Samstag, den 16. Januar mehr als 18 Millionen Wahlberechtigte dazu aufgerufen, einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament zu wählen. Die Wähler entschieden sich mit großer Mehrheit für Dr. Tsai Ing-wen als neue Präsidentin und verschafften ihrer Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) eine absolute Mehrheit im Parlament. Tsai ist damit nicht nur die erste Frau in diesem Amt, ihre DPP schaffte es auch zum ersten Mal seit Beginn der Demokratisierung in den 1990er Jahren, die Kuomintang (KMT) als stärkste Kraft in der Legislative abzulösen. Ein bedeutender Schritt für die Konsolidierung der Demokratie in Taiwan.

Der Wahlkampf stand in weiten Teilen im Zeichen der Beziehungen zum großen Nachbarn auf der anderen Seite der Taiwanstraße. Das Verhältnis zwischen der Volksrepublik China auf dem chinesischen Festland und der Republik China auf Taiwan war noch nie so gut wie heute. Lange her scheinen die Scharmützel zwischen den Armeen beider Seiten. Die Regierung in Beijing schien ihrem Ziel einer Vereinigung Taiwans mit dem chinesischen „Mutterland“ in den letzten Jahren durch wirtschaftliche Annäherung immer näher zu kommen. Tatsächlich ist es chinesischen Unternehmen in der Zwischenzeit gelungen, sich in die taiwanische Medienlandschaft einzukaufen und die Wirtschaft der Insel weitestgehend zu isolieren und abhängig von chinesischen Investitionen zu machen. Die Regierung des amtierenden Präsidenten Ma Ying-jeou war nur allzu bereit, nationale Interessen für kurzfristige wirtschaftliche Erfolge aufzugeben. Der vorausseilende Gehorsam der eigenen Regierung gegenüber den Machthabern in Beijing, die intransparenten Verhandlungen zwischen KMT und Kommunistischer Partei und nicht zuletzt ein Gefühl der Übervölkerung durch einen massiven Zustrom von chinesischen Touristen, ließen Mas Popularitätswerte zuletzt in den Keller rutschen. Die meisten Prognosen zeigten die regierende KMT und ihren Kandidaten Eric Chu dementsprechend schon seit etlichen Wochen weit abgeschlagen. Beim ersten Anlauf auf das Präsidentenamt 2012 hatte Tsai noch gegen den Amtsinhaber Ma Ying-jeou verloren.

Die 59-Jährige studierte an der renommierten Cornell Universität und der London School of Economics, wo sie einen Doktor der Rechtswissenschaft erwarb. Tsai arbeitete erst als Universitätsdozentin und später dann in verschiedenen Regierungs-

ämtern. Nach weitreichenden Korruptionsvorwürfen gegen den ausscheidenden Präsidenten Chen Shui-bian und eine herbe Wahlniederlage für die DPP im Jahr 2008, wurde Tsai zur ersten weiblichen Parteivorsitzenden gewählt. Der Fokus auf Unabhängigkeit wich unter ihrer Führung einer pragmatischeren Politik des Status quo. Sie bleibt auch weiterhin vage in ihren Aussagen zum Verhältnis mit China, macht aber deutlich, dass eine rein china-zentrierte Wirtschaftspolitik schädlich sei.

Voraussichtlich wird Tsai den Status quo in den Beziehungen zu China beibehalten und den bestehenden wirtschaftlichen, akademischen und touristischen Austausch mit China weiter fördern. Ein Treffen mit dem chinesischen Präsidenten, wie es Präsident Ma und Präsident Xi im September in Singapur abgehalten haben, scheint im Moment allerdings eher unwahrscheinlich. Die chinesische Seite wird sich aller Voraussicht nach ebenfalls in Zurückhaltung üben.

In Bezug auf Tibet bleibt zu hoffen, dass Tsai einen langgeplanten Besuch des Dalai Lama in Taiwan ermöglichen wird. Tsai hatte sich bereits 2009 mit Seiner Heiligkeit getroffen. Die Regierung Ma hatte dem Dalai Lama in den letzten Jahren wiederholt ein Visum verweigert, offenkundig, um die Beziehungen zu China nicht zu gefährden.

// David Demes



Jubelstimmung im Januar 2016 vor der Parteizentrale der DPP in Taipeh: Tsai Ing-wen tritt erstmals nach der Wahl vor die Menge.

Flagge zeigen für Tibet – 3 STIMMEN FÜR DIE KAMPAGNE

„Euer Projekt, die tibetische Flagge in unterschiedlichen Teilen von Deutschland hissen zu lassen, ist unter den vielen jungen Menschen in Tibet sehr gut bekannt. Es macht sie stolz, dass die tibetische Flagge, die eines Tages auch wieder über dem Potala-Palast wehen soll, in verschiedenen Teilen von Deutschland weht. Eine solche Initiative ist für die Menschen in Tibet, die im Gefängnis sitzen und die leiden, ein Zeichen der Hoffnung.“

Dr. Lobsang Sangay, Sikyong der tibetischen Exilregierung



„Betrachtet man die Erfolge welche die Tibet-Bewegung erzielt hat, übersieht man leicht, wie wichtig es ist, dass die tibetische Flagge zu einem solch bekannten Symbol geworden ist. Natürlich hilft es enorm, dass die Flagge so unverwechselbar ist. Zu einem international anerkannten Symbol für Menschen in besetzten Gebieten ist die Flagge auch durch die vielen Kampagnen geworden. Insbesondere durch das ‚Flagge zeigen‘ der Tibet Initiative Deutschland, was jedes Jahr sehr erfolgreich stattfindet.“

Alison Reynolds, Geschäftsführerin International Tibet Network London

„Die aktive Teilnahme der vielen Kommunen ist ein äußerst starkes politisches Gewicht in unserer Arbeit für Tibet. Zeigt sie doch, dass die deutsche Bevölkerung, vertreten durch Tausende Kommunalpolitiker, das Engagement für Tibet und für eine Lösung der Tibet-Frage einfordert. Die Kampagne ist daher ein starkes Signal an die Bundespolitik, sich für Tibet einzusetzen, aber auch ein Signal an die chinesische Regierung, dass Tibet einen ungebrochen starken Rückhalt in Deutschland hat.“

Wolfgang Grader, Vorsitzender Tibet Initiative Deutschland



→ **Bestellen Sie jetzt kostenfrei unser Kampagnenplakat**
(DIN A2 oder DIN A3) im Aktionsreferat: aktion@tibet-initiative.de
Es fallen lediglich Kosten für Verpackung und Versand an.



20

FLAGGE ZEIGEN
FÜR TIBET
1996-2016

WIR ZEIGEN FLAGGE FÜR TIBET!

10. MÄRZ:

Gemeinsam mit Hunderten deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen hissen wir am 10. März, weltweiter Aktionstag für Tibet, an unserem Rathaus die tibetische Flagge und setzen uns ein:

- für das Recht der Tibeter auf Selbstbestimmung.
- für die Wahrung der Menschenrechte in Tibet.
- für den Erhalt der tibetischen Kultur, Religion und Identität.

www.tibet-flagge.de

TIBET
INITIATIVE
DEUTSCHLAND e.V.

FLAGGE
ZEIGEN
FÜR TIBET





UN: SCHÜTZT DAS DACH DER WELT

Aktion für Tibet beim Global Climate March in Berlin

TID-Aktion beim
Global Climate March in Berlin

Das – nach Nord- und Südpol – größte Eisvorkommen weltweit, die Quellen von sechs der größten asiatischen Flüsse und ein Klima, das sich doppelt so schnell erwärmt wie im Rest der Welt – Gründe hätte es genug gegeben, um Tibet zum Thema bei der UN-Klimakonferenz zu machen. Doch auf der Tagesordnung der 21. „Conference of the Parties“ (COP21) in Paris fehlte der „Dritte Pol“ einmal mehr.

Allerdings haben wir und die Tibet-Bewegung weltweit es ganz sicher geschafft, alle entscheidenden Ansprechpartner auf das Thema aufmerksam zu machen und zu zeigen, dass in Tibet Umweltschutz und der Schutz der Menschenrechte zusammen gedacht werden müssen. In Zukunft wird es nicht mehr so einfach sein, Tibet bei Klimaschutzverhandlungen außer Acht zu lassen.

Neben einer Petition an die Bundesregierung mit der Bitte, sich unserer Forderung „UN: Schützt das Dach der Welt – Tibet auf die Agenda!“ anzuschließen, wollten wir unser Anliegen auch beim globalen Klimamarsch (Global Climate March) in Berlin sichtbar machen. So entstand im Rahmen eines tollen Aktionswochenendes das 6 m² große Modell eines tibetischen Berges. Abschmelzen der Gletscher, Raubbau, Zwangsansiedlung der tibetischen Nomaden, Mega-Staudämme – symbolisch wurden die akuten Gefahren für das empfindliche Ökosystems Tibets auf unserem Berg abgebildet.

Trotz Wind und Regen, dafür aber mit Hilfe von über 30 Tibet-Aktivist*innen, lernte unser Berg dann am 29.11. das Laufen. Ein beeindruckendes Bild, mit dem wir bei der Klima-Demo viel Aufmerksamkeit für Tibet erregen konnten. Vielen Dank an alle, die dabei mitgeholfen haben, den Berg ins Rollen zu bringen. Allen voran natürlich den fleißigen Bastlern vom Aktionswochenende! //

COP 21: Klimaschutz ja, aber ohne Menschenrechte und Tibet

„Historisch“, „Zeichen der Hoffnung“, „ein starkes Signal“ – die weltweiten Reaktionen auf das Pariser Klimaabkommen fallen überwiegend positiv aus. Und das nicht zu Unrecht. Auch für das tibetische Hochland gibt die beschlossene Begrenzung der Erderwärmung auf „deutlich weniger als 2 Grad“ Anlass zu vorsichtigem Optimismus.

Getrübt wird der gute Gesamteindruck aber von zwei Punkten. So findet sich das Thema Menschenrechte im 31-seitigen Abschlussdokument der COP21 nur in schwachen Formulierungen wieder. Tibet wird, trotz aller Bemühungen und des starken Einsatzes der tibetischen Exilregierung (CTA) und der „Tibet Third Pole“-Koalition, ein Zusammenschluss von Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen wie dem Internationalen Tibet Netzwerk (ITN) während der Konferenz, gar nicht erwähnt. Immerhin konnten Tibet-Freunde und Unterstützer im Vorfeld und während der COP21 in vielen Gesprächen Entscheidungsträger und Umweltverbände für den Schutz des tibetischen Plateaus sensibilisieren.

Auch wenn unser großes Ziel, Tibet auf die Agenda der COP 21 zu bringen, nicht erreicht werden konnte, kann es jetzt daher nur darum gehen, weiterzumachen und die dramatische Umweltzerstörung in Tibet immer wieder zur Sprache zu bringen. Damit beim nächsten Klimagipfel niemand mehr an Tibet vorbei kommt. //

// Torben Wöckner



FREE ME!

FREIHEIT für Yeshe Choedron und Lhamo Kyab!

„Es gibt keine Fälle von politischen Gefangenen!“, so erklärte im November ein hochrangiges Mitglied der chinesischen Delegation vor dem UN Komitee gegen Folter. Dass China ernsthaft die bisherige Praxis von Folter, willkürlichen Verhaftungen und des „Verschwindenlassens“ aufgibt, ist jedoch wenig glaubhaft. Das „Tibetan Centre on Human Rights and Democracy“ (TCHRD) erfasst in seiner Datenbank aktuell die Namen von mehr als 2.000 tibetischen politischen Gefangenen. Die Lehrerin Lhamo Kyab und die pensionierte Ärztin Yeshe Choedron sind ebenfalls Opfer dieser willkürlichen Gewalt. Beide wurden in Folge der schweren Unruhen im Jahr 2008 verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen wegen angeblicher „Spionage“ beziehungsweise „Beteiligung an politischen Aktivitäten“ verurteilt. Es gibt so gut wie keine Informationen, auch nicht zum Aufenthaltsort oder Gesundheitszustand.

Das Schicksal von Lhamo Kyab und Yeshe Choedron steht stellvertretend für Hunderte Fälle von politischen Gefangenen, die seit 2008 Opfer der repressiven Politik der chinesischen Regierung geworden sind. Offizielle Bestätigungen über Tatvorwurf, Verurteilung, Strafe oder gegenwärtige Situation sind kaum zu bekommen.

Das ist leider nichts Neues: Für Freunde und Angehörige ist diese Situation, in der sie keine Möglichkeit haben, Kontakt zu ihren Verwandten zu halten und nicht wissen, ob diese noch am Leben sind, besonders belastend. Die Opfer werden so auch noch des letzten Schutzes vor Willkür und Übergriffen durch Sicherheitskräfte beraubt

Seit 2006 verpflichtet daher die „UN-Konvention gegen das Verschwindenlassen“ die Vertragsstaaten, das Verschwindenlassen von Personen durch die Gesetzgebung zu verbieten und unter Strafe zu stellen. Dazu gehört auch die Verpflichtung, Freiheitsentzug nur in offiziell anerkannten und überwachten Einrichtungen, in denen alle Gefangenen registriert sind, anzuwenden.

Zudem wird in der Konvention das Recht von Angehörigen, wahrheitsgemäß über die Situation von Gefangenen informiert zu werden, festgeschrieben. Knapp 100 Staaten haben die Konvention mittlerweile unterschrieben. China gehört, wenig überraschend, nicht dazu.

Über 6.500 Unterschriften für Khenpo Kartse und Jigme Guri

Für die politischen Gefangenen Khenpo Kartse und Jigme Guri sind an Infoständen, bei Veranstaltungen und online über 6.500 Unterschriften zusammengekommen. Herzlichen Dank an alle, die sich daran beteiligt haben. Anlässlich des Tags der Menschenrechte haben wir dem chinesischen Botschafter in Berlin am 10. Dezember nochmals schriftlich von diesen Fällen berichtet und ihn aufgefordert, sich für die sofortige Freilassung von Khenpo Kartse und Jigme Guri einzusetzen. Da die chinesische Botschaft seit Jahren keine Petitionen mehr entgegennimmt, werden die Unterschriften dem Auswärtigen Amt übergeben. Wir bleiben dran!

FREE ME-Kampagne für politische Gefangene

Mit unserer FREE ME-Kampagne setzen wir uns kontinuierlich und gezielt für politische Gefangene in Tibet ein. Derzeit sind mehr als 2000 tibetische politische Gefangene dokumentiert. Unzählige mehr gelten als verschwunden. Schon der Besitz eines Dalai Lama-Bildes kann zur Verhaftung führen.

→ Machen Sie mit!

Unterzeichnen Sie jetzt unsere Petition und fordern Sie gemeinsam mit uns Lhamo Kyabs und Yeshe Choedrons sofortige Freilassung:

www.tibet-initiative.de/FREE-ME



Aktive aus ganz Deutschland – von Hamburg bis München, von Potsdam bis Essen – waren beim Workshop in Berlin dabei

UNSERE POLITISCHE ARBEIT FÜR TIBET

TID-Strategieworkshop in Berlin

Wie wollen wir unsere Tibet-Arbeit künftig gestalten angesichts des wachsenden Einflusses Chinas in der Welt? Müssen wir umdenken, neue Aktionsformen wählen, neue Partner gewinnen und nicht zuletzt, müssen wir uns nicht viel stärker mit den Entwicklungen in China selbst auseinandersetzen? Diese Fragen treiben uns schon lange um, und so haben wir Anfang Januar erstmalig zu einem Strategieworkshop nach Berlin eingeladen. Dabei war besonders wichtig, die vielen engagierten Mitglieder an der Basis einzubinden. Denn nur gemeinsam können wir die Richtung festlegen und das geballte TID-Wissen und unseren Erfahrungsschatz auch nutzen. Über 40 Teilnehmer aus ganz Deutschland, Vorstand und Geschäftsstelle diskutierten ein ganzes Wochenende engagiert über Schwerpunktsetzung und mögliche Strategien und wurden dabei von einem wunderbaren Moderatorinnen-Team begleitet. Nicht zuletzt die geladenen Referenten gaben wertvolle Anregungen, insbesondere für die Auseinandersetzung mit China. Den Auftakt machte am Freitagabend die ehemalige ARD-Korrespondentin in Beijing, Ruth Kirchner. In ihrem lebhaften Vortrag schilderte sie die Arbeitsbedingungen ausländischer Journalisten im Land, die Herausforderungen bei der

Recherche und die Macht des chinesischen Zensurapparates. Wie schwierig es ist, an Informationen zu kommen, über Themen wie Tibet zu berichten ohne die Interviewpartner zu gefährden und das Thema schließlich zu platzieren, wurde im Anschluss noch rege diskutiert. Am Samstag berichtete der Sondergesandte des Dalai Lama für Europa, Kelsang Gyaltzen, über seine politische Arbeit für Tibet. Eindrücklich beschrieb er, wie sich das politische Klima in den letzten Jahrzehnten verändert hat, und wie schwierig es heute geworden ist, politische Unterstützung für Tibet zu gewinnen. Doch betonte Gyaltzen immer wieder, wie wichtig der Einsatz von Organisationen wie der TID ist, und ermutigte dazu dranzubleiben. Gefüllt mit diesem Input ging es zu verschiedenen Themenfeldern in die Arbeitsgruppen. Abgerundet wurde der Tag durch Impressionen aus Tibet von drei erfahrenen Reisenden aus unserem Kreis, die zuletzt 2015 in Tibet waren. Die Bilder verdeutlichten vor allem die allgegenwärtige Militärpräsenz, die ständige Überwachung und die fortschreitende Sinisierung. Ein weiteres Highlight an diesem intensiven Arbeitstag war schließlich das Impulsreferat des ehemaligen deutschen Botschafters in Beijing, Dr. Volker Stanzel. Er gab



1



2

[1] Dr. Volker Stanzel und Wolfgang Grader im Gespräch mit den Teilnehmern
 [2] Ruth Kirchner und Kelsang Gyaltzen
 [3] Ein Spitzen-Team: Unsere Moderatorinnen (v.l.n.r.) Dinah Schmechel, Sibylle Detel und Julia Kirchner

eine Einschätzung des Umgangs der internationalen Politik mit der Tibet-Problematik und beschrieb die Einflussmöglichkeiten der Bundesregierung. Dabei unterstrich Stanzel, dass unser Einsatz für Tibet nicht nur dazu beiträgt, das Thema lebendig zu halten, sondern auch etwas bewegt. Am Sonntagvormittag gab es nochmal einen intensiven Austausch in Arbeitsgruppen und im Plenum. Am Ende waren sich alle einig, dass dieses Wochenende nicht nur neue Impulse gesetzt hat, sondern vor allem auch einen großen Motivationsschub bringt. Denn bei all der notwendigen nüchternen Auseinandersetzung mit den realpolitischen Gegebenheiten ist eines ganz klar, nämlich, dass unsere Arbeit gesehen wird und wesentlich dazu beiträgt, dass das Thema Tibet auch in Zeiten weltweiter Krisen weiter lebendig ist. Und dass wir über die Jahre wichtige Partner gewonnen haben, die uns ebenfalls ermutigen, nicht nachzulassen! Der Workshop war erst der Anfang in Sachen Strategieentwicklung, und jetzt geht es an Nacharbeit und Umsetzung. Wir werden darüber auch bei der Mitgliederversammlung im Mai berichten, und danken allen, die Interesse haben, sich an der Weiterentwicklung aktiv zu beteiligen und mitzugestalten.



3

// Nadine Baumann

KELSANG GYALTSSEN

Sondergesandter des Dalai Lama für Europa

Die Bilanz nach drei Jahren Xi Jinping ist ernüchternd. Die Repressionen wurden noch weiter verschärft. Gibt es dennoch Entwicklungen in China, aus denen die Tibeter Hoffnung schöpfen können?

In der Tat ist es nicht zu übersehen, dass sich die Unterdrückung in Tibet unter Präsident Xi Jinping erheblich verschärft hat. Diese besorgniserregende Entwicklung ist im Kontext der vorherrschenden politischen Atmosphäre in Gesamt-China zu sehen. Diese ist gekennzeichnet von einem von außen wenig beachteten, aber nichtsdestoweniger rigo-rosen internen Machtkampf in der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). China-Kenner sprechen von einer Atmosphäre der Einschüchterung, Angst und Unsicherheit unter den Parteimitgliedern wie zu Zeiten der Kulturrevolution. In dieser Lage will Präsident Xi offensichtlich Entschlossenheit, Stärke und Unnachgiebigkeit demonstrieren, um seine Führung und Herrschaft zu festigen. Diese Haltung und Politik wirken sich auch auf Tibet aus. In dieser Situation riskiert Xi Jinping offensichtlich keine zusätzliche Auseinandersetzung über die Tibet-Politik. Chinesische Freunde hegen die Hoffnung, dass nach dem 19. Kongress der KPCh in 2017, wenn Präsident Xi seine Macht weiter konsolidiert und seine eigenen Leute in die gewünschten Machtpositionen gebracht hat, die chinesische Politik sich in der Tibet-Frage bewegen werde.

Die gegenwärtige chinesische Politik in Tibet ist fast ausschließlich auf die „Wahrung von Stabilität“ und Unterdrückung von jeglichem Dissens ausgerichtet. Mit anderen Worten stellt sie im Grunde eine temporäre Notmaßnahme dar – und keinen durchdachten und langfristig konzipierten politischen Kurs zur Lösung der Probleme in Tibet. Eine solche Politik ist nicht nachhaltig und auf lange Sicht nicht aufrechtzuerhalten. Der Widerstand der Tibeter in Tibet ist ungebrochen. Auf verschiedenste Weise leisten die Menschen Widerstand gegen die Unterdrückung und dies mit einer unvorstellbaren persönlichen Opferbereitschaft und Entschlossenheit.

Eine neue Erscheinung in diesem Widerstand ist die öffentliche Kritik, die von führenden tibetischen Mitgliedern der Partei an Chinas Tibet-Politik geübt wird. So zum Beispiel äußerte Jamphel Gyatso, ein Mitglied der Chinesischen Aka-

demie der Sozialwissenschaften, in einem am 13. Dezember 2015 erschienenen Artikel vernichtende Kritik an Zhu Weiqun, der als ranghoher Partei-Funktionär lange Zeit für die Tibet-Politik zuständig war und noch heute als Sprachrohr für die Hardliner-Fraktion in der Tibet-Politik auftritt. Ebenfalls berichteten die chinesischen Staatsmedien am 22. Dezember 2015, dass Jampa Phuntsok, Vize-Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des chinesischen Parlamentes, zu größeren Anstrengungen aufgerufen hat, um ethnische Diskriminierung zu überwinden, und dass „...solche Praktiken, die den Bestimmungen über regionale ethnische Autonomie zuwiderlaufen, entschlossen behoben werden müssen“.

Kann der Umweltschutz, zu dem sich in China zusehends mehr Menschen bekennen, eine Verbindung zwischen Tibetern und regierungskritischen Chinesen schaffen?

Der Dalai Lama hat seit langer Zeit den Schutz des tibetischen Hochplateaus als vordringliches Anliegen bezeichnet. Eine Zusammenarbeit zwischen Exil-Tibetern und Vertretern des offiziellen Chinas auf diesem Gebiet ist jedoch in der gegenwärtigen politischen Lage nicht vorstellbar. So lange die chinesische Führung ihr Verhältnis zu Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama nicht überdenkt und einen neuen Kurs einschlägt, scheint jegliche Annäherung aussichtslos. Der Umweltschutz in Tibet bietet jedoch ein weniger verhängliches Thema für Regierungen, Organisationen und Institutionen, Seminare, Workshops und Konferenzen zu organisieren, wo Exiltibeter und Chinesen sich begegnen und austauschen können. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zum Dialog, zum besseren Verständnis und zur Aussöhnung zwischen Tibetern und Chinesen.

Die KPCh propagiert vehement den Kampf gegen die Korruption, wobei auch hohe Funktionäre nicht geschont werden. Wie betrachten die Tibeter diese Kampagne?

In den vergangenen Jahrzehnten haben die Tibeter die Erfahrung machen müssen, dass in Tibet stets „der Kampf gegen Separatismus und die Dalai-Clique“ im Vordergrund steht – ungeachtet welche politische Kampagne gerade zur Zeit im restlichen China in Gange ist. Die untrennbare



Kelsang Gyaltzen, 1951 in Kham, Osttibet, geboren, ist **Repräsentant des Dalai Lama für Europa**. 1959 floh er mit seiner Familie erst nach Indien und dann in die Schweiz. Seit 1970 ist er in der tibetischen Politik aktiv, zunächst im Verein der Tibeter Jugend Europas (VTJE), seit 1985 für die Regierung Tibets im Exil. Von 2002–2010 war er der Gesandte des Dalai Lama für den sino-tibetischen Dialog mit der chinesischen Führung. Im Juni 2012 legte er dieses Amt, nach neun Gesprächsrunden, nieder.

Einbindung und Sinisierung Tibets als Teil Chinas sind das bestimmende politische Anliegen und Ziel Beijings.

Welche Auswirkungen hat der Kampf gegen die Korruption auf Tibet?

Der Parteisekretär in Tibet, Chen Quanguo, hat keinen Zweifel daran gelassen, dass in tibetischen Gebieten der Kampf gegen die Korruption unter dem Gesichtspunkt der politischen Gesinnung der tibetischen Parteimitglieder geführt wird. So werden „inkorrekte Ansichten“ über Angelegenheiten von Minderheiten als „Verletzung von politischer Disziplin“ geahndet. Im Zuge der Anti-Korruptionskampagne hat die politische Gesinnungsschnüffelei unter tibetischen Parteimitgliedern eine Intensität erreicht, die an die Zeit der Kulturrevolution erinnert.

Im Laufe des Jahres 2015 haben die Selbstverbrennungen aufgehört. Was ist die Ursache dafür?

Zuerst ist der Rückgang der Zahl von Selbstverbrennungsprotesten in Tibet zu begrüßen. Ich vermute, dass es ver-

schiedene Gründe dafür gibt. Sicherlich ist das Vorgehen der chinesischen Behörden, bei solchen Protesten die Familienangehörigen, die lokale tibetische Gemeinschaft oder das Kloster kollektiv zu betrafen, ein wesentlicher Faktor. Einer der Gründe, warum Tibeterinnen und Tibeter überhaupt zu dieser drastischen Form des Protestes gegriffen haben, ist vermutlich, weil keine andere Person in Mitleidenschaft gezogen wird. Es ist jetzt offensichtlich, dass die kollektive Bestrafung eine große Abschreckung ausübt. Meiner Meinung nach hat auch der konsistente Appell der tibetischen Führung im Exil, nicht zu solchen drastischen Protesten zu greifen, dazu beigetragen, dass die Anzahl der Selbstverbrennungen zurückgegangen ist. In Tibet, wo die Überwachung und die Zensur so strikt und streng sind, dauert es seine Zeit, bis Informationen aus Dharamsala sich flächendeckend in Tibet ausgebreitet haben.

// INTERVIEW: Klemens Ludwig

རང་བཅོན་ནམ་དབུ་མའི་ལམ།

#19 བཟ་ཞིག January 13th, 2016

གཅེས་ལུས་གསོན་བསྐྱེད་ཀྱི་དུས་དབུ་མ་མེད།
གཞོན་ནུ་ནང་འཇུག་ཤོར་དུས་དབུ་མ་མེད།
ཚུ་སྐང་དུམ་གཉིས་སོང་དུས་དབུ་མ་མེད།
སྤྱ་བྱམས་ལ་སོགས་རང་བཅོན་འཐབ་ཚྱོད་པའི།
མགོ་གཙོད་ཆེད་དང་རྒྱ་རོ་སྤྱང་བའི་ཐབས།
དེ་འདྲའི་དབུ་མའི་ལམ་དེ་དགོས་པ་ཚུད།

#20 ལུང་རྟོག January 13th, 2016

རང་བཅོན་ར་སྐད་གྲགས་ནས་ཉི་མ་བསྐྱུལ།
རང་བཅོན་རང་མིང་གྲགས་ནས་ཉི་མ་བསྐྱུལ།
རང་བཅོན་རང་དོན་སྐྱབ་ནས་ཉི་མ་བསྐྱུལ།
རང་བཅོན་ཐབས་ལམ་མེད་ནས་ཉི་མ་བསྐྱུལ།
དབུ་མ་བོད་རྒྱ་མི་རིགས་མཐུན་འབྲེལ་བཅུགས།
དབུ་མ་བོད་ཡུལ་བོད་མིར་བདག་ཐོབ་བསྟན།
དབུ་མ་གཞིས་བྱེས་མཉམ་འཛོམས་སྤྱབ་པའི་འགན།
དབུ་མའི་ལམ་གྱི་གཞན་ཕན་བྱ་བ་འགྲུབ།

<http://www.khabdha.org/?p=79246#more-79246>

// Anmerkung:
Uma oder Umaylam steht für die Politik des Mittleren Weges, Rangtsen bedeutet Unabhängigkeit. Insbesondere in den sozialen Netzwerken gibt es derzeit unter den Tibetern eine rege Diskussion um Rangtsen und Umaylam. Ein Post des Autors Emaho vom 11. Januar 2016 in Gedichtform für Rangtsen hat allein 38 Beiträge in weniger als einer Woche hervorgebracht. Hier haben wir beispielhaft Beitrag 19 und 20 ausgewählt.

Rangtsen oder Umaylam?

#19 Tashi, January 13th, 2016

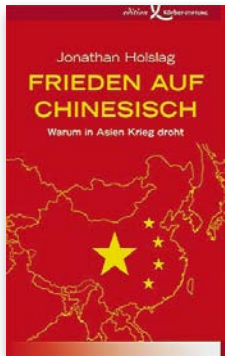
Wo ist Uma, wenn kostbares Leben in Flammen aufgeht?
Wo ist Uma, wenn ein Richtungskampf im Jugendkongress entbrennt?
Wo war Uma, als Chuzhi Gangdruk sich spaltete?
Welchen Nutzen hat Uma, die darauf zielt,
Lukar Jam & Rangtsen-Verfechter zu enthaupten und
um die Gunst Chinas zu buhlen?

#20 Jungtok, January 13th, 2016

Mit Rangtsen-Rufen wird Zeit vertrödelt.
Mit Rangtsen-Rufen wird der eigene Ruf vergoldet.
Mit Rangtsen-Rufen wird Eigeninteresse verfolgt.
Rangtsen-Rufe haben keine Aussicht auf Erfolg.
Uma fördert Freundschaft zwischen Tibetern und Chinesen,
Uma zeigt auf, dass Tibet den Tibetern gehört,
Uma kann Tibeter daheim und im Exil wiedervereinen,
Uma trägt dazu bei, Interessen anderer zu wahren.

<http://www.khabdha.org/?p=79246#more-79246>

// Aus dem Tibetischen übersetzt von Tsewang Norbu

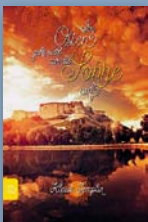


Jonathan Holslag:
**Frieden auf Chinesisch –
 Warum Asien der Krieg droht**

Edition Körber-Stiftung,
 Hamburg 2015,
 294 Seiten, 17 Euro

Das im Herbst 2015 erschienene Werk „Frieden auf Chinesisch“ von Jonathan Holslag, Professor für Internationale Politik an der Freien Universität Brüssel, analysiert die Entwicklung Chinas von 1949 bis heute. Schon zu Zeiten Maos wurde die politische Linie festgelegt, die bis heute vorherrschend ist. Es wird herausgearbeitet, dass die Macht der Partei und die Stabilität des Landes an erster Stelle stehen, dem sich jedes Streben nach Frieden unterzuordnen hat. Mao verurteilte einen Frieden, der den Mächtigen erlaubt hätte, Chinas Nachbarn zu dominieren. Macht wurde Grundvoraussetzung für einen – für China – segensreichen Frieden. Tibet, Xinjiang und die Innere Mongolei sollten als Teil Chinas diese Macht festigen. Die Auseinandersetzungen um die Territorialansprüche über das Südchinesische Meer und Ostchinesische Meer dauern bis heute an. Holslag zeigt, dass die Politik Chinas scheinbar dem Wohle des asiatischen Raums gilt, und der Aufstieg des Landes friedlich sei. Doch es erweist sich beim Lesen zwischen den Zeilen: China ist ein kreidefressender Drache, der konsequent nur an sich denkt und an seinen Plänen nicht die geringsten Abstriche macht. Chinas Rolle in der globalen Zusammenarbeit wird immer bedeutender und der Einfluss stärker. Die Länder Asiens werden zunehmend vor die Wahl gestellt, sich China zu widersetzen oder sich ihm anzuschließen. Warum Holslag dennoch den reißerischen Untertitel „Warum Asien Krieg droht“ gewählt hat, erschließt sich nach der Lektüre nicht, auch wenn der Autor in der Einleitung meint, es könnte im Vergleich zu einem irreführenden Optimismus die düstere Aussicht auf einen Krieg vielleicht ein stärkerer Anreiz sein, die drängenden Fragen anzupacken.

// Wolfgang Grader



Klaus Templin:
Im Osten geht nicht nur die Sonne auf
 14,90 Euro

Mehr Infos zum Roman und
 Bestellmöglichkeit unter:
www.mecklenburger-buchverlag.de



Xuewu Gu:
**Die Große Mauer in den Köpfen –
 China, der Westen und
 die Suche nach Verständigung**

Edition Körber-Stiftung,
 Hamburg 2014,
 214 Seiten, 17 Euro

Einen ganz anderen Zugang zu den Hintergründen chinesischer Politik zeigt uns der Politikwissenschaftler und Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen an der Universität Bonn, Xuewu Gu, in seinem Werk „Die Große Mauer in den Köpfen“. Auch Gu hebt im ersten Kapitel das Konzept des „Friedlichen Aufstiegs“ hervor, nur kommt er zu einem anderen Schluss als Holslag. Mit dem Aufstieg Chinas geht nicht unbedingt ein Niedergang des Westens einher. Für ihn bleibt die Zukunft offen. China ist für ihn seit dem Opiumkrieg westlicher geworden, nicht mehr die „Herrschaft unter dem Himmel“, sondern die Unantastbarkeit der Nation mit ihrer souveränen Kontrolle über die Bevölkerung muss verteidigt werden. Jedoch ist China beileibe nicht so westlich geworden wie Japan. China fühlt sich dem Westen nicht zugehörig, beide nehmen sich gegenseitig als fremd wahr. Hintergrund dafür ist eine grundsätzliche Denkweise, die sich kategorisch vom Denkmuster des Westens unterscheidet. Es geht um den Gegensatz zwischen dem Primat des Kollektivs und dem Primat des Individuums. Staat und Staatsbürger sind nach dem Primat des Kollektivs eins, und das Schicksal des Individuums hängt stets von dem des Staates ab. Diese Sichtweise muss man im Blickfeld behalten, wenn es zum Beispiel um die Berichterstattung über China in den westlichen Medien geht. Diese seien laut Gu tendenziell negativ. So fühlen sich die Chinesen insgesamt angegriffen, wenn Kritik an der Menschenrechtslage oder der Tibet-Politik der chinesischen Regierung laut wird. Diese Grundthese der Gegensätze beider Primat zieht sich thematisch durch das Buch und erklärt auch, warum es aus chinesischer Sicht eine ganz andere Interpretation der universalen Menschenrechte gibt und es daher nur schwer zu einem Einvernehmen mit dem Westen kommen kann. Letztlich plädiert Gu für einen Ausgleich, nämlich die goldene Mitte zu erreichen, ohne seine Grundsätze aufzugeben. Ein Ziel, das hochgesteckt ist, angesichts des Modellwettbewerbs zwischen universal-liberaler Demokratie und einem autokratischen Regierungssystem, aber ein Ziel, das erreicht werden muss, um nicht doch in Holslags asiatischem Krieg zu enden.

// Wolfgang Grader

DANKE, ANNA!



Unsere Kampagnenreferentin Anna Momburg verlässt nach 9 Jahren engagierter Mitarbeit die TID und geht neue Wege. Wir alle haben großen Respekt vor Annas Entscheidung und wünschen ihr von Herzen, dass sie mit ebenso starker Kraft, wie sie in der TID gewirkt hat, nun auch ihren ganz persönlichen Weg geht. Als Anna 2007 als Praktikantin im Aktionsreferat anfang, war sehr schnell klar, dass man sie nicht so einfach wieder gehen lassen kann. Noch im selben Jahr wurde sie Kampagnenreferentin, und dann kamen turbulente Zeiten auf uns zu. Wer erinnert sich nicht an das Jahr 2008, die schweren Unruhen in Tibet, die große Dalai Lama-Deutschland-Tour und die Proteste rund um die Olympischen Spiele. Es war ein Jahr im Ausnahmezustand. Im Büro gab es weniger Personal, weniger Stunden und Hauptwie auch Ehrenamtliche arbeiteten ohne Pause und getrieben von dem Gedanken, dass sich jetzt etwas für Tibet ändern kann. Anna war dabei immer diejenige, die auch im größten Chaos noch den Überblick behielt, Dinge in Angriff nahm und vor allem, gerade auch in Krisenzeiten sich und andere immer wieder motivieren konnte. Dann kam 2009 die nächste große Herausforderung. Pünktlich zur Buchmesse wollten wir den Blog von Tsering Woeser als Buch herausbringen. Wir sprachen mit einigen Verlagen, keiner traute sich. Kurzerhand, und das ist vor allem Annas großem Kampfgeist zu verdanken, gründeten wir einen eigenen Verlag. Ein waghalsiges Projekt, aber wir haben es geschafft. Was haben wir über die Jahre für schöne Projektideen gesammelt, doch die Kernarbeit der TID und die fehlende finanzielle Basis ließen den Verlag unfreiwillig ruhen. Über all die Jahre war Anna immer eine verlässliche Größe vor allem auch für unsere aktiven Mitglieder, mit denen das Kampagnenreferat am engsten zusammenarbeitet. Für Anna war die Arbeit für Tibet immer mehr als nur ein Job, und mit dieser Überzeugung hat sie ihren Nachfolger, Torben Wöckner, bestmöglich eingearbeitet. Sie wird Tibet nie aus den Augen verlieren und die Arbeit der TID nun auch als neues Mitglied weiterverfolgen. Und wer weiß, vielleicht wird sie eines Tages zum Lungta Verlag zurückkehren. Liebe Anna, du wirst uns fehlen, deine kritischen Fragen, deine Klarheit und dein Mut, die Dinge auf den Punkt zu bringen und einfach anzupacken. Aber wir lassen los, denn jetzt kommt deine Zeit!

// Deine KollegInnen & der TID-Vorstand



Herzlich willkommen im Team, Judith!

Im Februar geht unsere Kollegin Elisabeth Dobbler (rechts) in Mutterschutz und wird Ende des Jahres wiederkommen. Die Elternzeitvertretung übernimmt unsere neue Kollegin Judith Gehrke. Judith freut sich schon sehr auf die verantwortungsvolle Aufgabe und vor allem auch auf den Austausch mit den Mitgliedern. Sie bringt umfangreiche Kenntnisse im Verwaltungsbereich mit, starkes Interesse an Tibet und absolviert parallel ein Studium der Logopädie. Wir danken Lissi für die super Einarbeitung, freuen uns auf den Tibet-Nachwuchs und heißen Judith herzlich willkommen im Team! //

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Tibet Initiative Deutschland e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin | Germany
TELEFON: +49 30 | 42 08 15 21
FAX: +49 30 | 42 08 15 22
office@tibet-initiative.de | www.tibet-initiative.de
www.facebook.com/tibetinitiative

BANKVERBINDUNG

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE96 1002 0500 0003 2423 03
BIC-Code: BFSWDE33BER

ANZEIGEN

Michaela Orizu, TEL: +49 30 | 42 08 15 27
anzeigen@tibet-initiative.de

ABO

Für Mitglieder der Tibet Initiative Deutschland e.V. ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einzelverkaufspreis: 4 EUR, Jahresabonnement: 12 EUR (inkl. Versand), freiwilliger Förderbetrag: 24 EUR
abo@tibet-initiative.de

REDAKTION

Klemens Ludwig (verantwortlich), Nadine Baumann, Gangdab Duchung, Iris Fricke, Wolfgang Grader, Tsewang Norbu
Kontakt: redaktion@tibet-initiative.de
BILDREDAKTION: Nadine Baumann & Alicia Barreda-Pérez

GESTALTUNGSKONZEPT & LAYOUT

Ann Katrin Siedenburg | www.katigraphie.de
BILDBEARBEITUNG: A. K. Siedenburg & Sophie Westarp

DRUCK

Oktoberdruck AG, gedruckt auf FSC-Papier (100 % Recycling)

FOTOS & ABBILDUNGEN

Titel: China Media Censorship | AP-Alexander F Yuan; S. 2: spdfraktion.de/Susie Knoll/Florian Jänicke; S. 4: Tibet.CN; S. 5: Iris Lehmann; S. 6: David Hoffman, Phayul; S. 7: Pazu Kong, 于/Yu 回/Hui; S. 8: okeos; S. 9: Ursula Gauthier; Youtube/ Asia Pacific Memo; S. 11: Tsering Woeser; S. 12: Malcolm Brown; S. 13: hexiefarm.wordpress.com; Google+ / +Jason Fang; S. 14: Democracy Chronicles; S. 15: Screenshot youtube/BoxunTV, TID/Iris Lehmann; S. 17: spdfraktion.de/Susie Knoll/Florian Jänicke; S. 19: Asian culture publishing Co/Liao Zhifeng; S. 20: privat; S. 21: David Demes; S. 25: ITN; S. 26: Miriam Gröner, S. 30: Kalligraphie Puntsok Tsering. Soweit hier nicht anders angegeben TID.

ERSCHEINUNGSWEISE

Vierteljährlich (Feb., Mai, Aug., Nov.); Auflage: 3.500;
ISSN: 1865-3456; Redaktionsschluss Nr. 2 | 2016: 25.03.2016

MEDIADATEN

Das Urheberrecht an allen Beiträgen liegt bei der Tibet Initiative Deutschland oder bei den Autoren. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos können wir leider keine Haftung übernehmen.

Die Tibet Initiative Deutschland (TID) setzt sich seit ihrer Gründung 1989 für das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes sowie die Wahrung der Menschenrechte in Tibet ein. Mit bundesweit 60 ehrenamtlichen Regionalgruppen/Kontaktstellen und rund 2.000 Mitgliedern gibt sie Tibet eine starke Stimme.



BERLIN

10.03., ab 14 Uhr

**Bundesweite Kundgebung
in Kooperation mit dem VTD**

Chinesische Botschaft | Jannowitzbrücke
Mehr Infos: www.tibet-initiative.de

BAD STEBEN

15.03., 19 Uhr

Märchen aus Tibet | Lesung
Gasthof Hubertus | Jean-Paul-Straße 3b

BAMBERG

20.04., 17 Uhr

Tibetfest am Tibetbaum
Anna-Linder-Platz

BIELEFELD

10.03., 14 Uhr

Offizielles Hissen der Tibetflagge
durch Herrn Oberbürgermeister Pit Clausen
TID-Infostand in Kooperation mit ai und
Bündnis90/Die Grünen

**Aktion ART at WORK –
Give a Hand to Free Tibet**
Altes Rathaus | Niederwall 25



10.03., 14.45 Uhr

TID-Infostand und Flaggenaktion
Jahnplatz | Altstadtseite

13.04., 19.30 Uhr

Klang der Wolken
Konzert und Lesung von und mit
Soname Yangchen
VHS Bielefeld-Mitte | Historischer Saal
Ravensberger Park 1

BONN

08.03., 19 Uhr

Kawa Karmo – Heiliger Berg in Ostt Tibet
Multimediashow von und mit
Andreas von Heßberg
Kapitelsaal von St. Remigius | Brüdergasse 8

DARMSTADT

12.03., 10–15.30 Uhr

TID-Infostand
vor der Filiale der Sparkasse | Luisenplatz

23.03., 20 Uhr

Nomaden in Tibet
Vortrag von Ashi Hunger
Justus-Liebig-Haus | Große Bachgasse 2

23.04., 10–15.30 Uhr | 14.05., 10–15.30 Uhr

TID-Infostand
Weißer Turm | Ernst-Ludwig-Straße 1

DORTMUND

14.02., 11–20 Uhr

TID-Infostand beim 4. Himalaya-Tag
Rudolf-Steiner-Schule
Mergelteichstraße 51

DÜSSELDORF

09.03., 18 Uhr

Der Dalai Lama – und danach?
Diavortrag und Lesung von Klemens Ludwig
Maxhaus | Schulstraße 11

ESSEN

02.03., 19 Uhr

**Buddhistisches Leben in Ostt Tibet –
Mit Geshe Pema Samten unterwegs
in Dargye** | Filmvorführung
Volkshochschule Essen
Burgplatz 1



10.03., 14–17 Uhr

Mahnwache
vor der Marktkirche
Markt 2/Porschekanal

22.04., 19 Uhr

**Zanskar – Altes buddhistisches
Königreich im Himalaya**
Bildvortrag von und mit
Nana Ziesche (Fotografin, Hamburg)
Volkshochschule Essen | Burgplatz 1

FRANKFURT AM MAIN

07. | 8.05.

**TID-Mitgliederversammlung
& Workshops**
Jugendherberge | Deutschherrnufer 12

HEIDELBERG

10.03., 11–14 Uhr

Mahnwache
am Anatomiegarten



HIRSCHAID | Bayern

01.03., 19.30 Uhr

Tibet – Zwischen Mythos und Realität
Multivisionsvortrag von Wolfgang Grader
Schloss Sassanfahrt | Schlossplatz 1

HOF

19.02., 18.45

**Auf der Suche nach dem alten Tibet –
Eine Reise zu Buddhas Erben**
Filmvorführung von und mit dem
Filmemacher Vilas Rodizio
Scala Kino Hof | Wörthstr. 4–6

10.03., 19 Uhr

**Lesung aus den Schriften des
Dalai Lama**
mit Peter Kampschulte (Theater Hof)
Stadtbücherei Hof | Wörthstraße 18

14.04., 19 Uhr

Sehnsucht Tibet – Ein Leben im Exil
Filmvorführung und Diskussion
mit dem Regisseur Christian Beyer
Scala Kino Hof | Wörthstraße 4–6

MÜNCHEN

10.03., 17–19 Uhr

**Mahnwache der RG München und
des Vereins der Tibeter**
am Rindermarkt



REGENSBURG

05.03., 10 Uhr

TID-Infostand
Fußgängerzone

10.03., 19 Uhr

**Bhutan by Bike – mit dem Reiserad
im Land des Donnerdrachens**
Multivisionsshow von und mit
Andreas von Heßberg
Evangelisches Bildungswerk | Am Ölberg 2

ROTTENBURG

31.03., 20 Uhr

Sehnsucht Tibet – Ein Leben im Exil
Filmvorführung und Diskussion
mit dem Regisseur Christian Beyer
und der TID RG Neckar-Alb
Kino am Waldhorn | Königstraße 12

STUTTGART

10.03., 12.30 Uhr

TID-Infostand zur Flaggenaktion
Marktplatz



ULM

03.03., 18–19 Uhr

Nachrichten aus Tibet
Live-Radiosendung der Regionalgruppe
Ulm/Neu-Ulm bei Radio FreeFM (102,6 MHz)
in der Reihe Weltfunk von und mit Sonja Putz
und Paolo Perocco



09.03., 16–17 Uhr

Radiosendung zur Flaggenaktion
bei Radio FreeFM (102,6 MHz), Plattform

10.03., 10.30–14.30 Uhr

Infotisch
12.30 Uhr
Kundgebung und Flaggenhissung
Marktplatz | vor dem Rathaus



10.03., ab 15.30 Uhr

Flaggenumzug durch Neu-Um und Ulm
Start Rathaus Neu-Ulm, anschließend



17.30 Uhr

Mahnwache
Hans-und-Sophie-Scholl-Platz



WINNENDEN

05.03., 8–12.30 Uhr

Infostand
Wochenmarkt

Weitere Termine:
www.tibet-initiative.de

www.tibet-online-shop.de

Zeigen Sie am 10. März Flagge für Tibet!
Jetzt im Tibet Online Shop bestellen



STARTER-KIT

„Free Tibet“-Tasche, kleine Tibet-Flagge (30 x 20 cm mit Ösen), 18 „Free Tibet“-Aufkleber, Ansteckpin mit Tibet-Flagge
Aktionspreis 12 Euro*

Bestellungen: www.tibet-online-shop.de
oder telefonisch: 030-42 08 15 32

* Preise inkl. MwSt. zzgl. Versand.

Mit Ihrem Einkauf unterstützen Sie unsere politische Arbeit für Tibet. Herzlichen Dank!



OUTDOOR-KIT

„Free Tibet“-Tasche, Tibet-Flagge für's Auto (27 x 45 cm), „Free-Tibet“-Schlüsselband (43 cm), Ansteckpin mit Tibet-Flagge
Aktionspreis 19 Euro*